

Aus Lenin Werke Band 20

ÜBER DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT
DER NATIONEN

Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.....	395-461
1. Was ist Selbstbestimmung der Nationen?.....	397
2. Die historische konkrete Fragestellung.....	403
3. Die konkreten Besonderheiten der nationalen Frage in Rußland und seine bürgerlich-demokratische Umgestaltung.....	407
4. Der „Praktizismus“ in der nationalen Frage	412
5. Die liberale Bourgeoisie und die sozialistischen Opportunisten in der nationalen Frage.....	418
6. Die Lostrennung Norwegens von Schweden.....	429
7. Die Resolution des Londoner Internationalen Kongresses von 1896.....	435
8. Der Utopist Karl Marx und die praktische Rosa Luxemburg....	439
9. Das Programm von 1903 und seine Liquidatoren.....	447
10. Schluß	457

geschrieben Februar-Mai 1914.

*Veröffentlicht April-Juni 1914
in der Zeitschrift*

„Proswedrtschenije“ Nr. 4, 5 und 6.

Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der Zeitschrift.

Paragraph neun des Programms der Marxisten Rußlands, der vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen handelt, hat in der letzten Zeit (wie wir im „Proswechtschenije“ bereits aufgezeigt haben)* einen wahren Feldzug der Opportunisten hervorgerufen. Sowohl der russische Liquidator Semkowski in der Petersburger Liquidatorenzeitung als auch der Bundist Libman und der ukrainische Nationalsoziale Jurkewitsch sind in ihren Organen über diesen Paragraphen hergefallen und haben ihn mit der Miene größter Geringschätzung behandelt. Zweifellos steht dieser „Feldzug der zwölf Völkerschaften“ des Opportunismus gegen unser marxistisches Programm in engem Zusammenhang mit den gegenwärtigen nationalistischen Schwankungen überhaupt. Daher scheint uns eine gründliche Untersuchung der angeschnittenen Frage zeitgemäß. Es sei nur bemerkt, daß keiner der genannten Opportunisten auch nur ein einziges selbständiges Argument vorgebracht hat: alle wiederholen sie nur, was Rosa Luxemburg in ihrem langen polnischen Artikel vom Jahre 1908/1909 „Nationale Frage und Autonomie“ gesagt hat. Mit den „originellen“ Argumenten dieser Verfasserin werden wir uns denn auch in unseren Darlegungen am häufigsten auseinandersetzen.

1. WAS IST SELBSTBESTIMMUNG DER NATIONEN?

Es ist natürlich, daß diese Frage in erster Linie gestellt werden muß, wenn der Versuch gemacht wird, die sogenannte Selbstbestimmung

* Siehe den vorliegenden Band, S. 1-37. Die *Red.*

marxistisch zu untersuchen. Was ist darunter zu verstehen? Ist die Antwort in juristischen Definitionen (Begriffsbestimmungen) zu suchen, die von allen möglichen „allgemeinen Rechtsbegriffen“ abgeleitet werden? Oder muß die Antwort im historisch-ökonomischen Studium der nationalen Bewegungen gesucht werden?

Es ist nicht verwunderlich, daß es den Herren Semkowski, Libman und Jurkewitsch nicht einmal in den Sinn gekommen ist, diese Frage zu stellen, suchen sie sich doch mit einfältigem Gekicher über die „Unklarheit“ des marxistischen Programms aus der Affäre zu ziehen und wissen in ihrer Einfalt offensichtlich nicht einmal, daß von der Selbstbestimmung der Nationen nicht nur das russische Programm von 1903, sondern auch die Resolution des Londoner Internationalen Kongresses vom Jahre 1896 spricht (ausführlicher darüber an entsprechender Stelle). Weit verwunderlicher ist es, daß Rosa Luxemburg, die viel darüber deklamiert, daß der betreffende Paragraph abstrakt und metaphysisch sei, sich selbst gerade dieser Sünde schuldig macht und ins Abstrakte und Metaphysische ableitet. Gerade Rosa Luxemburg verliert sich ständig in allgemeinen Betrachtungen über die Selbstbestimmung (selbst bis zu höchst ergötzlichem Spintisieren darüber, wie man wohl den Willen der Nation in Erfahrung bringen könne), ohne irgendwo klar und präzise die Frage zu stellen, worauf es ankommt, auf juristische Definitionen oder auf die Erfahrungen aus den nationalen Bewegungen der ganzen Welt.

Diese für den Marxisten unumgängliche Frage exakt stellen würde bedeuten, mit einem Schlage neun Zehntel der Argumente Rosa Luxemburgs zunichte machen. Nationale Bewegungen entstehen nicht zum erstenmal in Rußland und sind nicht ihm allein eigen. In der ganzen Welt war die Epoche des endgültigen Sieges des Kapitalismus über den Feudalismus mit nationalen Bewegungen verbunden. Die ökonomische Grundlage dieser Bewegungen besteht darin, daß für den vollen Sieg der Warenproduktion die Eroberung des inneren Marktes durch die Bourgeoisie erforderlich, die staatliche Zusammenfassung von Territorien mit Bevölkerung gleicher Sprache notwendig ist, bei Beseitigung aller Hindernisse für die Entwicklung dieser Sprache und ihre Entfaltung in der Literatur. Die Sprache ist das wichtigste Mittel des Verkehrs der Menschen untereinander; die Einheit der Sprache und ihre ungehinderte Entwicklung bilden eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen wirklich

freien und umfassenden, dem modernen Kapitalismus entsprechenden Handel, für eine freie und umfassende Gruppierung der Bevölkerung nach jeder der einzelnen Klassen, schließlich eine Voraussetzung für die enge Verbindung des Marktes mit jedem, auch dem kleinsten Unternehmer, mit jedem Verkäufer und Käufer.

Die Bildung von *Nationalstaaten*, die diesen Erfordernissen des modernen Kapitalismus am besten entsprechen, ist daher die Tendenz (das Bestreben) jeder nationalen Bewegung. Die grundlegenden wirtschaftlichen Faktoren drängen dazu, und in ganz Westeuropa - mehr als das: in der ganzen zivilisierten Welt - ist deshalb der Nationalstaat für die kapitalistische Periode das *Typische*, das Normale.

Wenn wir also die Bedeutung der Selbstbestimmung der Nationen begreifen wollen, ohne in ein Spiel mit juristischen Definitionen zu verfallen, ohne abstrakte Begriffsbestimmungen „auszuhecken“, vielmehr indem wir die historischen und ökonomischen Voraussetzungen der nationalen Bewegungen untersuchen, so kommen wir unvermeidlich zu dem Schluß: Unter Selbstbestimmung der Nationen ist ihre staatliche Los-trennung von fremden Nationalgemeinschaften zu verstehen, ist die Bildung eines selbständigen Nationalstaats zu verstehen.

Weiter unten werden wir noch andere Gründe kennenlernen, warum es falsch wäre, unter Selbstbestimmungsrecht etwas anderes zu verstehen als das Recht auf gesonderte staatliche Existenz. Jetzt müssen wir dabei verweilen, wie Rosa Luxemburg sich über den unumgänglichen Schluß „hinwegzusetzen“ suchte, daß das Streben nach dem Nationalstaat tiefe ökonomische Ursachen hat.

Rosa Luxemburg kennt sehr wohl Kautskys Broschüre „Nationalität und Internationalität“ (Beilage zur „Neuen Zeit“¹⁰⁷ Nr. 1, 1907/1908; russische Übersetzung in der Zeitschrift „Nautschnaja Mysl“ [Wissenschaftlicher Gedanke], Riga 1908). Sie weiß, daß Kautsky, nachdem er in Abschnitt 4 dieser Broschüre die Frage des Nationalstaats gründlich untersucht hat, zu dem Schluß kommt, daß Otto Bauer „die Kraft des Dranges nach Herstellung des Nationalstaats unterschätzt“ (S. 23 der zitierten Broschüre). Rosa Luxemburg selbst zitiert Kautskys Worte: „Der Nationalstaat ist die den modernen“ (d. h. kapitalistischen, zivilisierten, Ökonomisch fortschrittlichen, im Unterschied zu den mittelalterlichen, vorkapitalistischen usw.) „Verhältnissen *entsprechendste* Form des

Staates, jene, in der er seine Aufgaben am leichtesten erfüllen kann“ (d. h. die Aufgaben der freiesten, umfassendsten und schnellsten Entwicklung des Kapitalismus). Dem muß die noch präzisere schlußfolgernde Bemerkung Kautskys hinzugefügt werden, die Staaten mit bunter nationaler Zusammensetzung (die sogenannten Nationalitätenstaaten, im Unterschied zu den Nationalstaaten) seien „alles Staaten, deren innere Gestaltung aus irgendwelchen Gründen rückständig oder abnorm blieb“. Selbstverständlich spricht Kautsky von Abnormität ausschließlich im Sinne der Nichtübereinstimmung mit dem, was den Erfordernissen des sich entwickelnden Kapitalismus am besten angepaßt ist.

Es fragt sich nun, wie stellte sich Rosa Luxemburg zu diesen historisch-ökonomischen Schlußfolgerungen Kautskys: Sind sie richtig oder falsch? Hat Kautsky mit seiner historisch-ökonomischen Theorie oder hat Bauer recht, dessen Theorie ihrem Wesen nach eine psychologische ist? Worin besteht der Zusammenhang des unzweifelhaften „nationalen Opportunismus“ Bauers, seines Eintretens für die national-kulturelle Autonomie, seiner nationalistischen Neigungen („die zeitweise zu einer Verstärkung des nationalen Momentes führen“, wie sich Kautsky ausdrückt), seiner „gewaltigen Überschätzung des nationalen“ und „völligen Vernachlässigung des internationalen Momentes“ (Kautsky) mit seiner Unterschätzung der Stärke des Dranges nach Schaffung eines Nationalstaats?

Rosa Luxemburg hat diese Frage nicht einmal gestellt. Sie hat diesen Zusammenhang nicht bemerkt. Sie hat sich in das *Ganze* der theoretischen Anschauungen Bauers nicht hineingedacht. Sie hat sogar nicht einmal die historisch-ökonomische und die psychologische Theorie in der nationalen Frage einander gegenübergestellt. Sie hat sich auf folgende Bemerkungen gegen Kautsky beschränkt:

„Dieser ‚beste‘ Nationalstaat ist nur eine Abstraktion, die sich leicht theoretisch entwickeln und theoretisch verfechten läßt, die aber der Wirklichkeit nicht entspricht“ („Przeglad Socjaldemokratyczny“, 1908, Nr. 6, S. 499).

Und zur Bekräftigung dieser entschiedenen Erklärung folgen Betrachtungen darüber, daß die Entwicklung der kapitalistischen Großmächte und der Imperialismus das „Selbstbestimmungsrecht“ für die kleinen Völker illusorisch machen. „Kann man denn“, ruft Rosa Luxemburg aus, „im Ernst von einer ‚Selbstbestimmung‘ der formell unabhängigen Montenegriner, Bulgaren, Rumänen, Serben, Griechen, teilweise sogar der

Schweizer sprechen, deren Unabhängigkeit selbst ein Produkt des politischen Kampfes und des diplomatischen Spiels des ‚europäischen Konzerts‘ ist?“! (S. 500.) Am besten entspräche den Verhältnissen „nicht der Nationalstaat, wie Kautsky meint, sondern der Raubstaat“. Es folgen einige Dutzend Zahlen über die Größe der Kolonien, die England, Frankreich usw. gehören.

Liest man derartige Betrachtungen, so wundert man sich unwillkürlich über das Talent der Verfasserin, nicht zu verstehen, *was zueinander gehört!* Mit wichtiger Miene Kautsky darüber zu belehren, daß die kleinen Staaten von den großen ökonomisch abhängig sind, daß zwischen den bürgerlichen Staaten ein Kampf um die räuberische Niederwerfung anderer Nationen tobt, daß es Imperialismus und Kolonien gibt - das ist ein lächerliches, kindisches Klugtun, denn mit der Sache selbst hat all das nicht das geringste zu tun. Nicht nur die kleinen Staaten, sondern beispielsweise auch Rußland sind ökonomisch völlig von der Macht des imperialistischen Finanzkapitals der „reichen“ bürgerlichen Länder abhängig. Nicht nur die Miniaturstaaten des Balkans, sondern auch Amerika war im 19. Jahrhundert, ökonomisch gesprochen, immer noch Kolonialland Europas, wie schon Marx im „Kapital“ aufgezeigt hat.¹⁰⁸ All das weiß Kautsky wie jeder Marxist natürlich ausgezeichnet, aber mit der Frage der nationalen Bewegungen und des Nationalstaats hat das entschieden gar nichts zu schaffen.

Rosa Luxemburg setzte an Stelle der Frage der politischen Selbstbestimmung der Nationen in der bürgerlichen Gesellschaft, ihrer staatlichen Selbständigkeit, die Frage ihrer ökonomischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Das ist ebenso gescheit, wie wenn jemand, der die Programmforderung nach der Oberhoheit des Parlaments, d. h. der Versammlung der Volksvertreter, im bürgerlichen Staat erörtert, anfangs, seine vollkommen richtige Überzeugung darzulegen, daß bei jeder beliebigen Staatsordnung eines bürgerlichen Landes das Großkapital die Oberhoheit innehaben werde.

Zweifellos befindet sich der größte Teil Asiens, des bevölkertsten Erdteils, entweder in der Lage von Kolonien der „Großmächte“ oder von Staaten, die bis zum äußersten abhängig und national unterdrückt sind. Wird denn aber durch diesen allgemein bekannten Umstand auch nur im geringsten die unbestreitbare Tatsache erschüttert, daß in dem gleichen

Asien die Voraussetzungen für die vollste Entfaltung der Warenproduktion, für das freieste, umfassendste und schnellste Wachstum des Kapitalismus nur in Japan, d. h. nur in einem selbständigen Nationalstaat, geschaffen worden sind? Dieser Staat ist ein bürgerlicher Staat, und daher begann er selbst, andere Nationen zu unterdrücken und Kolonien zu versklaven; wir wissen nicht, ob es Asien gelingen wird, bis zum Zusammenbruch des Kapitalismus ein System selbständiger Nationalstaaten herauszubilden, wie es Europa aufweist. Aber es bleibt unbestreitbar, daß der Kapitalismus, der Asien zum Erwachen gebracht hat, auch dort überall nationale Bewegungen ins Leben gerufen hat, daß es die Tendenz dieser Bewegungen ist, Nationalstaaten in Asien zu schaffen, daß die günstigsten Bedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus gerade durch solche Staaten gewährleistet werden. Das Beispiel Asiens spricht *jür* Kautsky, *gegen* Rosa Luxemburg.

Das Beispiel der Balkanstaaten spricht ebenfalls gegen sie, denn jeder sieht heute, daß die günstigsten Bedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus auf dem Balkan gerade in dem Maße geschaffen werden, wie auf dieser Halbinsel selbständige Nationalstaaten entstehen.

Sowohl das Beispiel der gesamten fortgeschrittenen zivilisierten Menschheit als auch das Beispiel des Balkans und das Beispiel Asiens beweisen folglich, entgegen Rosa Luxemburg, die unbedingte Richtigkeit der These Kautskys: Der Nationalstaat ist im Kapitalismus die Regel und die „Norm“; der Staat von bunter nationaler Zusammensetzung ist etwas Rückständiges oder eine Ausnahme. Vom Gesichtspunkt der nationalen Beziehungen bietet zweifellos der Nationalstaat die günstigsten Voraussetzungen für die Entwicklung des Kapitalismus. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß ein solcher Staat auf dem Boden der bürgerlichen Verhältnisse die Ausbeutung und Unterdrückung von Nationen ausschließen könnte. Das bedeutet nur, daß die Marxisten die mächtigen *ökonomischen* Faktoren nicht außer acht lassen können, die den Drang zur Schaffung von Nationalstaaten erzeugen. Das bedeutet, daß die „Selbstbestimmung der Nationen“ im marxistischen Programm vom historisch-ökonomischen Gesichtspunkt aus *keine* andere Bedeutung haben *kann* als politische Selbstbestimmung, staatliche Selbständigkeit, Bildung eines Nationalstaats.

An welche Bedingungen vom marxistischen, d. h. vom proletarischen

Klassenstandpunkt aus die Unterstützung der bürgerlich-demokratischen Forderung nach dem „Nationalstaat“ geknüpft werden muß, davon wird weiter unten ausführlich die Rede sein. Hier beschränken wir uns auf die Definition des Begriffs „Selbstbestimmung“ und müssen nur noch vermerken, daß Rosa Luxemburg den Inhalt dieses Begriffs („Nationalstaat“) *kennt*, während ihre opportunistischen Parteigänger, die Libman, Semkowski, Jurkewitsch, selbst *das nicht einmal wissen!*

2. DIE HISTORISCHE KONKRETE FRAGESTELLUNG

Eine unbedingte Forderung der marxistischen Theorie bei der Untersuchung jeder wie immer gearteten sozialen Frage ist, sie in einen *bestimmten* historischen Rahmen zu stellen und ferner, wenn es sich um *ein* Land handelt (zum Beispiel um das nationale Programm für ein bestimmtes Land), die konkreten Besonderheiten zu berücksichtigen, die dieses Land innerhalb ein und derselben historischen Epoche von anderen Ländern unterscheiden.

Was bedeutet diese unbedingte Forderung des Marxismus in Anwendung auf unsere Frage?

Vor allem bedeutet sie die Notwendigkeit, zwei unter dem Gesichtspunkt der nationalen Bewegungen grundverschiedene Epochen des Kapitalismus streng zu unterscheiden. Zunächst ist das die Epoche des Zusammenbruchs des Feudalismus und Absolutismus, die Epoche der Herausbildung der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft und des bürgerlich-demokratischen Staates, die Epoche, in der die nationalen Bewegungen zum erstenmal zu Massenbewegungen werden und so oder anders *alle* Klassen der Bevölkerung durch die Presse, durch die Teilnahme an den Vertretungskörperschaften usw. in die Politik hineinziehen. Dann aber haben wir es zu tun mit der Epoche der völlig herausgebildeten kapitalistischen Staaten mit einer seit langem eingebürgerten konstitutionellen Ordnung, mit stark entwickeltem Antagonismus von Proletariat und Bourgeoisie - einer Epoche, die man als den Vorabend des Zusammenbruchs des Kapitalismus bezeichnen kann.

Für die erste Epoche ist typisch, daß die nationalen Bewegungen erwachen und die Bauernschaft als die zahlreichste und am schwersten in

Bewegung zu bringende Bevölkerungsschicht im Zusammenhang mit dem Kampf für politische Freiheit im allgemeinen und für die Rechte der Nationalität im besonderen in diese nationalen Bewegungen hineingezogen wird. Für die zweite Epoche ist typisch, daß bürgerlich-demokratische Massenbewegungen fehlen, während der entwickelte Kapitalismus, der die schon völlig in den Handelsverkehr einbezogenen Nationen einander immer näher bringt und immer mehr vermischt, den Antagonismus zwischen dem international verfilzten Kapital und der internationalen Arbeiterbewegung in den Vordergrund rückt.

Gewiß ist die eine Epoche von der anderen nicht durch eine Mauer getrennt, sondern sie sind durch zahlreiche Zwischenglieder miteinander verbunden, wobei die einzelnen Länder sich noch in dem Tempo der nationalen Entwicklung, in der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung, ihrer Verteilung usw. unterscheiden. Es kann keine Rede davon sein, daß die Marxisten eines bestimmten Landes an die Aufstellung ihres nationalen Programms schreiten, ohne alle diese allgemeinen historischen und konkreten staatlichen Bedingungen zu berücksichtigen.

Und hier eben stoßen wir auf die schwächste Stelle in den Betrachtungen Rosa Luxemburgs. Mit ungewöhnlichem Eifer schmückt sie ihren Aufsatz mit einer Auslese von „Kraft“wörtchen gegen den Paragraphen 9 unseres Programms, den sie für eine „vage Redensart“, eine „Schablone“, eine „metaphysische Phrase“ erklärt und so endlos weiter. Nun wäre natürlich zu erwarten, daß eine Schriftstellerin, die die Metaphysik (im Marxschen Sinne, d. h. die Antidialektik) und leere Abstraktionen so trefflich zu verurteilen weiß, uns ein Vorbild konkret historischer Behandlung der Frage geben werde. Es handelt sich um das nationale Programm der Marxisten eines bestimmten Landes, Rußlands, und einer bestimmten Epoche, des Anfangs des 20. Jahrhunderts. Vermutlich stellt Rosa Luxemburg auch die Frage, *welche historische* Epoche Rußland durchmacht, *welches die konkreten* Besonderheiten der nationalen Frage und der nationalen Bewegungen des *gegebenen* Landes in der *gegebenen* Epoche sind?

Kein Sterbenswörtchen läßt Rosa Luxemburg darüber verlauten! Keine Spur einer Analyse, wie die nationale Frage in *Rußland* in der gegebenen historischen Epoche gestellt ist und welche Besonderheiten *Rußland* in dieser Beziehung aufzuweisen hat, ist bei ihr zu finden!

Uns wird gesagt, daß sich die nationale Frage auf dem Balkan anders darstelle als in Irland, daß Marx die polnische und die tschechische nationale Bewegung unter den konkreten Bedingungen des Jahres 1848 so und so beurteilt habe (eine Seite Auszüge aus Marx), daß Engels den Kampf der Schweizer Waldkantone gegen Österreich und die Schlacht am Morgarten, die im Jahre 1315 stattgefunden hat, so und so beurteilt habe (eine Seite Zitate aus Engels mit entsprechendem Kommentar von Kautsky), daß Lassalle den deutschen Bauernkrieg im 16. Jahrhundert als reaktionär betrachtet habe usw.

Man kann nicht sagen, daß diese Bemerkungen und Zitate durch Neuheit glänzten, jedenfalls aber ist es für den Leser interessant, sich wieder und wieder in Erinnerung zu rufen, wie gerade Marx, Engels und Lassalle an die Untersuchung konkreter historischer Fragen einzelner Länder herangegangen sind. Liest man nun nochmals die lehrreichen Zitate aus Marx und Engels, so sieht man besonders anschaulich, in welcher lächerlichen Lage sich Rosa Luxemburg gebracht hat. Sie predigt beredt und zornig die Notwendigkeit einer konkreten historischen Analyse der nationalen Frage, wie sie sich in verschiedenen Ländern zu verschiedener Zeit darstellt, und - macht selbst *nicht den geringsten* Versuch, zu bestimmen, *welches* historische Entwicklungsstadium des Kapitalismus *Rußland* am Anfang des 20. Jahrhunderts durchmacht, *welches die Besonderheiten* der nationalen Frage in diesem Lande sind. Rosa Luxemburg bringt Beispiele, wie *andere* die Frage marxistisch untersucht haben, als wollte sie damit absichtlich hervorheben, wie häufig der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist und hinter gutgemeinten Ratschlägen sich nur der mangelnde Wille oder das Unvermögen verbergen, sie in der Tat zu befolgen.

Nehmen wir einen der lehrreichen Vergleiche. Rosa Luxemburg wendet sich gegen die Losung der Unabhängigkeit Polens und beruft sich dabei auf ihre Arbeit vom Jahre 1898, in der die schnelle „industrielle Entwicklung Polens“ durch den Absatz seiner Industrieprodukte in Rußland nachgewiesen ist. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß sich daraus noch nicht das Geringste hinsichtlich der Frage des *Rechts* auf Selbstbestimmung ergibt, daß damit nur das Verschwinden des alten Polens der Schlachta bewiesen ist usw. Rosa Luxemburg geht jedoch ständig unmerklich zu der Schlußfolgerung über, unter den Faktoren, die Rußland und Polen

verbinden, würden schon jetzt die rein ökonomischen Faktoren der modernen kapitalistischen Beziehungen überwiegen.

Nun aber wendet sich unsere Rosa der Frage der Autonomie zu und beginnt - obgleich ihr Aufsatz „Nationale Frage und Autonomie“ *schlechthin* überschrieben ist - das *ausschließliche* Recht des Königreichs Polen auf Autonomie darzulegen (vgl. „Proswechtschenije“, 1913, Nr. 12).^{*} Um Polens Recht auf Autonomie zu erhärten, charakterisiert Rosa Luxemburg die Staatsordnung Rußlands offensichtlich sowohl nach ökonomischen als auch politischen, nach kulturgeschichtlichen wie soziologischen Merkmalen durch die Gesamtheit der Züge, die in ihrer Summe den Begriff des „asiatischen Despotismus“ ergeben („Przeglad“ Nr. 12, S. 137).

Es ist allbekannt, daß eine derartige Staatsordnung sehr große Festigkeit in den Fällen besitzt, wo in der Ökonomik des gegebenen Landes völlig patriarchalische, vorkapitalistische Züge überwiegen und die Warenwirtschaft und die Klassendifferenzierung nur ganz geringfügig entwickelt sind. Ist nun in einem solchen Lande, dessen Staatsordnung sich durch einen ausgeprägt vorkapitalistischen Charakter auszeichnet, ein national abgegrenztes Gebiet vorhanden, in dem sich der Kapitalismus *rasch* entwickelt, so wird, je rascher diese kapitalistische Entwicklung vor sich geht, der Widerspruch zwischen ihr und der vorkapitalistischen Staatsordnung um so schärfer, die Lostrennung des fortgeschrittenen Gebiets von dem Ganzen um so wahrscheinlicher - ist doch das Gebiet mit dem Ganzen nicht durch „modern-kapitalistische“, sondern durch „asiatisch-despotische“ Bande verknüpft.

Rosa Luxemburg ist also sogar mit der Frage nach der sozialen Struktur der Staatsmacht in Rußland in ihrem Verhältnis zum bürgerlichen Polen durchaus nicht zu Rande gekommen, die Frage nach den konkreten historischen Besonderheiten der nationalen Bewegungen in Rußland aber hat sie nicht einmal gestellt.

Auf diese Frage müssen wir nun eingehen.

^{*} Siehe den vorliegenden Band, S. 30-37. *Die Red.*

3. DIE KONKRETEN BESONDERHEITEN DER NATIONALEN FRAGE IN RUSSLAND UND SEINE BÜRGERLICH-DEMOKRATISCHE UMGESTALTUNG

„Trotz der Dehnbarkeit des Prinzips vom ‚Selbstbestimmungsrecht der Nationen‘, das der reinste Gemeinplatz ist und offenbar nicht nur auf die Völker Rußlands, sondern auch auf die in Deutschland und Österreich, in der Schweiz und in Schweden, in Amerika und in Australien lebenden Nationen in gleicher Weise angewendet werden kann, finden wir es in keinem einzigen Programm der modernen sozialistischen Parteien.“ („Przeglad“ Nr. 6, S. 483.)

So schreibt Rosa Luxemburg zu Beginn ihres Feldzugs gegen den Paragraphen 9 des marxistischen Programms. Während sie uns unterstellt, wir faßten diesen Programmpunkt als „reinsten Gemeinplatz“ auf, macht sich Rosa Luxemburg selbst gerade dieser Sünde schuldig, wenn sie mit ergötzlicher Dreistigkeit erklärt, dieser Punkt könne „offenbar in gleicher Weise“ auf Rußland, Deutschland usw. „angewendet werden“.

Offenbar, erwidern wir, wollte Rosa Luxemburg in ihrem Artikel eine Sammlung logischer Fehler liefern, die sich für Lehrübungen von Gymnasiasten eignen. Denn die Tirade Rosa Luxemburgs ist von A bis Z Unsinn und ein Hohn auf eine historisch konkrete Fragestellung.

Wenn man das marxistische Programm nicht auf kindische, sondern auf marxistische Weise auslegt, so ist es wahrhaftig nicht schwer dahinterzukommen, daß es sich auf die bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen bezieht. Ist dem aber so - und es ist unzweifelhaft so -, dann ergibt sich daraus „offenbar“, daß sich dieses Programm „vage“, als „Gemeinplatz“ usw. auf *alle* Fälle von bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen bezieht. Nicht weniger offenbar wäre auch für Rosa Luxemburg bei dem geringsten Nachdenken der Schluß, daß sich unser Programm *nur* auf die Fälle bezieht, wo eine derartige Bewegung gegeben ist.

Hätte Rosa Luxemburg über diese naheliegenden Erwägungen nachgedacht, so hätte sie ohne besondere Mühe erkannt, welchen Unsinn sie gesagt hat. Während sie *uns* vorwirft, einen „Gemeinplatz“ vorzutragen, führt sie *gegen uns* das Argument ins Feld, daß im Programm der Länder,

in denen es *keine* bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen gibt, von der Selbstbestimmung der Nationen nicht die Rede sei. Ein außerordentlich gescheites Argument!

Der Vergleich der politischen und ökonomischen Entwicklung verschiedener Länder wie auch ihrer marxistischen Programme ist vom Standpunkt des Marxismus aus von ungeheurer Bedeutung, denn sowohl die gemeinsame kapitalistische Natur der modernen Staaten als auch ihr gemeinsames Entwicklungsgesetz stehen außer Zweifel. An einen derartigen Vergleich muß man aber mit Verstand herangehen. Die elementare Voraussetzung ist dabei die Klärung der Frage, ob die historischen Entwicklungsepochen der zu vergleichenden Länder miteinander *vergleichbar* sind. Das Agrarprogramm der Marxisten Rußlands können zum Beispiel nur ausgemachte Ignoranten (wie der Fürst J. Trubezkoi in der „Russkaja Mysl“) mit den westeuropäischen Programmen „vergleichen“, denn unser Programm beantwortet die Frage nach der *bürgerlich-demokratischen* Umgestaltung der Agrarverhältnisse, von der in den westlichen Ländern keine Rede mehr ist.

Dasselbe gilt für die nationale Frage. In den meisten westlichen Ländern ist sie schon längst gelöst. Es ist lächerlich, in den westlichen Programmen Antwort auf dort nicht existierende Fragen zu suchen. Rosa Luxemburg hat hier gerade die Hauptsache außer acht gelassen: den Unterschied zwischen Ländern mit seit langem abgeschlossenen und solchen mit nicht abgeschlossenen bürgerlich-demokratischen Umgestaltungen.

In diesem Unterschied liegt der Angelpunkt der ganzen Frage. Die völlige Ignorierung dieses Unterschieds macht denn auch den überaus langen Artikel Rosa Luxemburgs zu einem Haufen leerer, inhaltsloser Gemeinplätze.

In Westeuropa, auf dem Festland, umfaßt die Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolutionen einen ziemlich bestimmten Zeitraum, etwa von 1789 bis 1871. Gerade diese Epoche war die Epoche der nationalen Bewegungen und der Herausbildung von Nationalstaaten. Nach Abschluß dieser Epoche war Westeuropa bereits zu einem System von bürgerlichen Staaten geworden, und zwar in der Regel von national einheitlichen Staaten. Heute in den Programmen der westeuropäischen Sozialisten das Selbstbestimmungsrecht suchen heißt daher das Abc des Marxismus nicht begreifen.

In Osteuropa und in Asien hat die Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolutionen erst im Jahre 1905 begonnen. Die Revolutionen in Rußland, in Persien, in der Türkei, in China, die Kriege auf dem Balkan - das ist die Kette von Weltereignissen *unserer* Epoche in unserem „Osten“. Und in dieser Kette von Ereignissen kann nur ein Blinder das Erwachen *einer ganzen Reihe* von bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen, von Bestrebungen zur Schaffung national unabhängiger und national einheitlicher Staaten nicht wahrnehmen. Eben weil und nur weil Rußland zusammen mit seinen Nachbarländern jetzt diese Epoche durchmacht, brauchen wir in unserem Programm den Punkt über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

Aber setzen wir das oben angeführte Zitat aus dem Artikel von Rosa Luxemburg noch etwas fort:

„Insbesondere im Programm einer Partei“, schreibt sie, „die in einem Staat von sehr bunter nationaler Zusammensetzung wirkt und für die die nationale Frage eine erstrangige Rolle spielt - im Programm der österreichischen Sozialdemokratie, ist das Prinzip vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen nicht enthalten“ (ebenda).

Man will also den Leser „insbesondere“ durch das Beispiel Österreichs überzeugen. Sehen wir uns vom konkret historischen Gesichtspunkt aus einmal an, ob an diesem Beispiel viel Gescheites dran ist.

Erstens, stellen wir die Grundfrage, ob die bürgerlich-demokratische Revolution vollendet ist. In Österreich begann sie 1848 und endete 1867. Seitdem, fast ein halbes Jahrhundert, herrscht dort eine im großen und ganzen feststehende bürgerliche Verfassung, auf deren Boden die legale Arbeiterpartei legal tätig ist.

Daher gibt es unter den inneren Entwicklungsbedingungen Österreichs (d. h. vom Gesichtspunkt der Entwicklung des Kapitalismus in Österreich im allgemeinen und unter seinen verschiedenen Nationen im besonderen) *keine* Faktoren, die Sprünge verursachen, deren eine Begleiterscheinung die Entstehung national selbständiger Staaten sein könnte. Wenn Rosa Luxemburg bei ihrem Vergleich voraussetzt, daß Rußland sich in diesem Punkt in analogen Verhältnissen befindet, gestattet sie sich nicht nur eine grundfalsche, antihistorische Annahme, sondern gleitet unwillkürlich auch zum Liquidatorentum ab.

Zweitens, von besonders großer Bedeutung ist das völlig unterschied-

liche Verhältnis in der uns beschäftigenden Frage zwischen den Nationalitäten in Österreich und in Rußland. Österreich war nicht nur lange Zeit ein Staat, in dem die Deutschen die Vorherrschaft hatten, sondern die österreichischen Deutschen erhoben auch Anspruch auf die Hegemonie innerhalb der deutschen Nation überhaupt. Diese „Prätention“ wurde, wie sich Rosa Luxemburg (die ja angeblich Gemeinplätze, Schablonen, Abstraktionen so gar nicht liebt...) vielleicht gütigst erinnern wird, durch den Krieg von 1866 zunichte gemacht. Die in Österreich herrschende Nation, die deutsche, sah sich *außerhalb* des selbständigen deutschen Staates, der im Jahre 1871 endgültig geschaffen wurde. Andererseits brach der Versuch der Ungarn, einen selbständigen Nationalstaat zu errichten, schon im Jahre 1849 unter den Schlägen des aus Leibeigenen bestehenden russischen Heeres zusammen.

So ergab sich eine ganz spezifische Lage: Die Ungarn und dann auch die Tschechen neigen nicht etwa zur Lostrennung von Österreich, sondern vielmehr zur Erhaltung der Integrität Österreichs, und zwar gerade um der nationalen Unabhängigkeit willen, die von den raubgierigeren und stärkeren Nachbarn ganz vernichtet werden könnte! Österreich wurde infolge dieser spezifischen Lage zu einem Staat mit zwei Zentren (dualistisch) und verwandelt sich jetzt in einen Staat mit drei Zentren (trilateral: Deutsche, Ungarn, Slawen).

Gibt es etwas Ähnliches in Rußland? Gibt es bei uns einen Hang der „Fremdstämmigen“ zur Vereinigung mit den Großrussen, weil sie sonst Gefahr liefen, in eine noch *schlimmere* nationale Unterdrückung zu geraten?

Es genügt, diese Frage zu stellen, um zu erkennen, wie unsinnig, schablonenhaft und ignorantenhaft ein Vergleich Rußlands mit Österreich in der Frage der Selbstbestimmung der Nationen ist.

Die spezifischen Verhältnisse Rußlands hinsichtlich der nationalen Frage sind gerade das Gegenteil von dem, was wir in Österreich gesehen haben. Rußland ist ein Staat mit *einem* nationalen Zentrum: dem großrussischen. Die Großrussen bewohnen ein riesiges zusammenhängendes Territorium, und ihre Zahl erreicht ungefähr 70 Millionen. Die Besonderheit dieses nationalen Staates ist: 1. daß die „Fremdstämmigen“ (die in ihrer Gesamtheit die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen: 57%) gerade in den Randgebieten leben; 2. daß die Unterdrückung dieser Fremd-

stämmigen bei weitem stärker ist als in den Nachbarstaaten (und dabei nicht nur in den europäischen); 3. daß in einer ganzen Reihe von Fällen die in den Randgebieten lebenden unterdrückten Nationalitäten jenseits der Grenze ihre Stammesbrüder haben, die eine größere nationale Unabhängigkeit genießen (es genügt, allein an die West- und Südgrenzen des Landes zu erinnern: an die Finnen, Schweden, Polen, Ukrainer, Rumänen); 4. daß die Entwicklung des Kapitalismus und das allgemeine Kultur-niveau in den „fremdstämmigen“ Randgebieten häufig höher ist als im Zentrum des Landes. Schließlich sehen wir, daß gerade in den asiatischen Nachbarstaaten die Periode der bürgerlichen Revolutionen und nationalen Bewegungen begonnen hat, die teilweise auf die stammverwandten Nationalitäten in den Grenzen Rußlands übergreifen.

Somit sind es gerade die historischen konkreten Besonderheiten der nationalen Frage in Rußland, die bei uns die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen in der gegenwärtigen Epoche zu einem besonders dringenden Erfordernis machen.

Übrigens ist die Behauptung Rosa Luxemburgs, daß im Programm der österreichischen Sozialdemokraten nichts von einer Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen enthalten sei, selbst von der rein faktischen Seite her unrichtig. Wir brauchen nur das Protokoll des Brünner Parteitags aufzuschlagen, der das nationale Programm angenommen hat, und wir finden die im Namen der gesamten ukrainischen (ruthenischen) Delegation abgegebene Erklärung des ruthenischen Sozialdemokraten Hankiewicz (S. 85 des Protokolls) und die im Namen der gesamten polnischen Delegation abgegebene Erklärung des polnischen Sozialdemokraten Reger (S. 108), daß die österreichischen Sozialdemokraten der beiden genannten Nationen in ihre Bestrebungen auch das Streben nach nationaler Vereinigung, Freiheit und Selbständigkeit ihrer Völker einschließen. Folglich hat die österreichische Sozialdemokratie das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zwar nicht direkt als Programmpunkt aufgestellt, findet sich aber gleichzeitig völlig damit ab, daß *Teile* der Partei die Forderung nach nationaler Selbständigkeit erheben. Faktisch bedeutet das natürlich eben die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen! Das Beispiel Österreichs, auf das sich Rosa Luxemburg beruft, spricht also in *jeder* Beziehung *gegen* Rosa Luxemburg.

4. DER „PRAKTIZISMUS“ IN DER NATIONALEN FRAGE

Mit besonderem Eifer haben die Opportunisten das Argument Rosa Luxemburgs aufgegriffen, daß der Paragraph 9 unseres Programms nichts „Praktisches“ enthalte. Rosa Luxemburg selbst ist von diesem Argument so entzückt, daß wir in ihrem Artikel mitunter auf Seiten stoßen, wo diese „Lösung“ an die achtmal wiederholt ist.

Sie schreibt: Der Paragraph 9 „gibt keinerlei praktischen Hinweis für die Tagespolitik des Proletariats, keinerlei praktische Lösung der nationalen Probleme“.

Untersuchen wir dieses Argument, das auch so formuliert wird, daß der Paragraph 9 entweder überhaupt nichts ausdrücke oder daß er verpflichte, alle nationalen Bestrebungen zu unterstützen.

Was bedeutet die Forderung nach dem „Praktischen“ in der nationalen Frage?

Entweder die Unterstützung aller nationalen Bestrebungen; oder die Beantwortung der Frage nach der Lostrennung jeder Nation mit „Ja oder Nein“; oder überhaupt die unmittelbare „Erfüllbarkeit“ der nationalen Forderungen.

Untersuchen wir jede dieser drei möglichen Deutungen der Forderung nach dem „Praktischen“.

Die Bourgeoisie, die am Anfang jeder nationalen Bewegung natürlicherweise als deren Hegemon (Führer) auftritt, bezeichnet als praktische Angelegenheit die Unterstützung aller nationalen Bestrebungen. Die Politik des Proletariats in der nationalen Frage (wie auch in den übrigen Fragen) unterstützt die Bourgeoisie jedoch nur in einer bestimmten Richtung, stimmt aber niemals mit der Politik der Bourgeoisie völlig überein. Die Arbeiterklasse unterstützt die Bourgeoisie nur im Interesse des nationalen Friedens (den die Bourgeoisie niemals ganz herzustellen vermag und der nur nach Maßgabe der *völligen* Demokratisierung verwirklicht werden kann), um der Gleichberechtigung, um möglichst günstiger Bedingungen für den Klassenkampf willen. Deshalb gerade stellen die Proletarier dem *Praktizismus* der Bourgeoisie eine *prinzipielle* Politik in der nationalen Frage *entgegen* und unterstützen die Bourgeoisie stets *nur bedingt*. Jede Bourgeoisie will in der nationalen Frage entweder Privilegien für *ihre eigene* Nation oder exklusive Vorteile für sie, das nennt man eben „praktisch“. Das Proletariat ist gegen jedes Privileg, gegen jede Exklusivität. Von ihm „Praktizismus“ verlangen heißt im Fahrwasser der Bourgeoisie segeln, heißt dem Opportunismus verfallen.

Soll man bei jeder Nation auf die Frage nach der Lostrennung mit „Ja oder Nein“ antworten? Das scheint eine eminent „praktische“ Forderung zu sein. In Wirklichkeit aber ist sie töricht; metaphysisch in theoretischer Hinsicht, führt sie in der Praxis zur Unterordnung des Proletariats unter die Politik der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie stellt stets ihre eigenen nationalen Forderungen in den Vordergrund. Sie stellt sie bedingungslos. Für das Proletariat sind sie den Interessen des Klassenkampfes untergeordnet. Theoretisch läßt sich nicht im voraus mit Sicherheit sagen, ob die Lostrennung einer Nation oder ihre gleichberechtigte Stellung neben einer anderen Nation die bürgerlich-demokratische Revolution abschließen wird; für das Proletariat ist *in beiden Fällen* wichtig, die Entwicklung seiner Klasse zu sichern; für die Bourgeoisie ist wichtig, diese Entwicklung zu erschweren, indem sie deren Aufgaben zugunsten der Aufgaben der „eigenen“ Nation in den Hintergrund schiebt. Deshalb beschränkt sich das Proletariat auf die sozusagen negative Forderung nach Anerkennung des *Rechts* auf Selbstbestimmung, ohne einer Nation *irgend etwas auf Kosten* einer anderen Nation zu garantieren, zu gewährleisten.

Das mag nicht „praktisch“ sein, garantiert aber in der Praxis am sichersten die demokratischste aller möglichen Lösungen; das Proletariat braucht *nur* diese Garantien, die Bourgeoisie jeder Nation dagegen braucht Garantien für *ihre* Vorteile ohne Rücksicht auf die Lage (die möglichen Nachteile) anderer Nationen.

Die Bourgeoisie ist vor allem an der „Erfüllbarkeit“ einer gegebenen Forderung interessiert; daher die ewige Politik des Kuhhandels mit der Bourgeoisie anderer Nationen auf Kosten des Proletariats. Für das Proletariat aber ist das Erstarken seiner Klasse gegenüber der Bourgeoisie, die Erziehung der Massen im Geiste der konsequenten Demokratie und des Sozialismus wichtig.

Das mag für die Opportunisten nicht „praktisch“ sein, aber es ist die einzige wirkliche Garantie, eine Garantie maximaler nationaler Gleichberechtigung und maximalen nationalen Friedens sowohl entgegen den Feudalen als auch entgegen der *nationalistischen* Bourgeoisie.

Die ganze Aufgabe der Proletarier in der nationalen Frage ist vom Standpunkt der *nationalistischen* Bourgeoisie jeder Nation aus gesehen „unpraktisch“, denn die Proletarier fordern „abstrakte“ Gleichberechtigung, grundsätzliche Aufhebung selbst der geringsten Privilegien, sind sie doch Feinde jedweden Nationalismus. Da Rosa Luxemburg das nicht begriffen hat, hat sie durch ihre unvernünftigen Lobpreisungen des Praktizismus gerade den Opportunisten, insbesondere opportunistischen Zugeständnissen an den großrussischen Nationalismus, Tür und Tor geöffnet.

Warum an den großrussischen? Weil die Großrussen in Rußland die unterdrückende Nation sind und sich der Opportunismus in nationaler Hinsicht in unterdrückten und unterdrückenden Nationen natürlich verschieden äußert.

Die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen wird im Namen des „praktischen“ Sinns ihrer Forderungen das Proletariat zur bedingungslosen Unterstützung ihrer Bestrebungen aufrufen. Am praktischsten ist es, einfach „ja“ zu sagen, sich für die Lostrennung einer *bestimmten* Nation, nicht aber für das *Recht* der Lostrennung aller und jedweder Nationen zu erklären!

Das Proletariat ist gegen einen derartigen Praktizismus: Bei Anerkennung der Gleichberechtigung und des gleichen Rechts auf einen Nationalstaat schätzt und stellt es die Vereinigung der Proletarier aller Nationen über alles andere, wobei es jede nationale Forderung, jede nationale Lostrennung *unter dem Gesichtspunkt* des Klassenkampfes der Arbeiter wertet. Die Losung des Praktizismus ist in Wirklichkeit nur die Losung eines unkritischen Übernehmens der bürgerlichen Bestrebungen.

Man sagt uns: Durch die Unterstützung des Rechts auf Lostrennung unterstützt ihr den bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nationen. Das sagt Rosa Luxemburg, und das plappert ihr der Opportunist Semkowski nach - übrigens der einzige, der in der Liquidatorenzeitung in dieser Frage die liquidatorischen Ideen vertritt!

Wir antworten: Nein, gerade für die Bourgeoisie ist hier eine „praktische“ Lösung wichtig, für die Arbeiter aber ist es wichtig, zwei Tendenzen *prinzipiell* hervorzuheben. *Insofern* die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation gegen die unterdrückende kämpft, *insofern* sind wir stets und in jedem Fall entschlossener als alle anderen *dafür*, denn wir sind die

kühnsten und konsequentesten Feinde der Unterdrückung. Sofern die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation *ihren* bürgerlichen Nationalismus vertritt, sind wir dagegen. Kampf gegen die Privilegien und die Gewaltherrschaft der unterdrückenden Nation und keinerlei Begünstigung des Strebens nach Privilegien bei der unterdrückten Nation.

Wenn wir die Losung des *Rechts* auf Lostrennung nicht aufstellen und in der Agitation nicht vertreten, so werden wir nicht nur der Bourgeoisie, sondern auch den Feudalen und dem Absolutismus der *unterdrückenden* Nation in die Hände arbeiten. Dieses Argument hat Kautsky seit langem gegen Rosa Luxemburg vorgebracht, und dieses Argument ist unanfechtbar. Aus Furcht, der nationalistischen Bourgeoisie Polens zu „helfen“, unterstützt Rosa Luxemburg dadurch, daß sie das *Recht* auf Lostrennung im Programm der Marxisten *Rußlands* verneint, *in Wirklichkeit* die großrussischen Schwarzhunderter. Sie trägt in Wirklichkeit zur opportunistischen Aussöhnung mit den Privilegien (und mit Schlimmerem als den Privilegien) der Großrussen bei.

Hingerissen vom Kampf gegen den Nationalismus in Polen, hat Rosa Luxemburg den Nationalismus der Großrussen vergessen, obwohl gerade *dieser* Nationalismus jetzt am gefährlichsten ist, denn gerade er ist weniger ein bürgerlicher, sondern mehr ein feudaler Nationalismus, denn gerade er ist das Haupthemmnis für die Demokratie und den proletarischen Kampf. *Jeder* bürgerliche Nationalismus einer unterdrückten Nation hat einen allgemein demokratischen Inhalt, der sich *gegen* die Unterdrückung richtet, und diesen Inhalt unterstützen wir *unbedingt*, wobei wir das Streben nach eigener nationaler Exklusivität streng ausschalten, das Bestreben des polnischen Bourgeois, den Juden zu unterdrücken usw. usf., bekämpfen.

Das ist „unpraktisch“ vom Gesichtspunkt des Bourgeois und des Kleinbürgers aus. Das ist aber die einzig praktische und prinzipielle, die Demokratie, die Freiheit und den proletarischen Zusammenschluß tatsächlich fördernde Politik in der nationalen Frage.

Anerkennung des Rechts auf Lostrennung für alle; Bewertung jeder konkreten Frage einer Lostrennung unter einem Gesichtspunkt, der jede Rechtsungleichheit, jedes Privileg, jede Exklusivität ausschließt.

Nehmen wir die Stellung einer unterdrückenden Nation. Kann ein Volk frei sein, das andre Völker unterdrückt? Nein. Die Interessen der

Freiheit der großrussischen Bevölkerung* erfordern den Kampf gegen eine derartige Unterdrückung. Die lange, Jahrhunderte umfassende Geschichte der Niederhaltung der Bewegungen der unterdrückten Nationen, die durch die „oberen“ Klassen betriebene systematische Propagierung dieser Niederhaltung schufen für die Sache der Freiheit des großrussischen Volkes selbst gewaltige Hindernisse in seinen Vorurteilen usw.

Von den großrussischen Schwarzhundertern werden diese Vorurteile bewußt gepflegt und geschürt. Die großrussische Bourgeoisie findet sich mit diesen Vorurteilen ab oder paßt sich ihnen an. Das großrussische Proletariat kann *seine* Ziele nicht erreichen, kann sich den Weg zur Freiheit nicht bahnen, ohne systematisch gegen diese Vorurteile zu kämpfen.

Die Schaffung eines selbständigen und unabhängigen Nationalstaates bleibt in Rußland bis jetzt das Privileg allein der großrussischen Nation. Wir großrussischen Proletarier, die wir keinerlei Privilegien verteidigen, verteidigen auch dieses Privileg nicht. Wir kämpfen auf dem Boden des gegebenen Staates, vereinigen die Arbeiter aller Nationen des gegebenen Staates, wir können uns nicht für diesen oder jenen Weg der nationalen Entwicklung verbürgen, wir verfolgen auf *allen* möglichen Wegen unser Klassenziel.

Aber dieses Ziel kann man nicht verfolgen, ohne gegen jeden Nationalismus zu kämpfen und ohne die Gleichheit der verschiedenen Nationen zu verfechten. Ob es zum Beispiel der Ukraine beschieden sein wird, einen selbständigen Staat zu bilden, das hängt von 1000 Faktoren ab, die im voraus nicht bekannt sind. Und ohne zu versuchen, ins Blaue hinein zu „raten“, treten wir entschieden für das ein, was außer Zweifel steht: das Recht der Ukraine auf einen solchen Staat. Wir achten dieses Recht, wir unterstützen nicht die Privilegien der Großrussen gegenüber den Ukrainern, wir *erziehen* die Massen im Geiste der Anerkennung dieses

* Einem gewissen L. Wl.¹⁰⁹ aus Paris erscheint dieses Wort als unmarxistisch. Dieser L. Wl. ist erheiternd „superklug“ [„superklug“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*]. Der „superkluge“ L. Wl. schickt sich offenbar an, eine Untersuchung über die Ausmerzung der Wörter „Bevölkerung“, „Volk“ usw. aus unserem Minimalprogramm (vom Standpunkt des Klassenkampfes!) zu schreiben.

Rechts, im Geiste der Ablehnung *staatlicher* Privilegien einer Nation, welche es auch sei.

Bei den Sprüngen, die alle Länder in der Epoche der bürgerlichen Revolutionen durchgemacht haben, sind Konflikte und Kämpfe wegen des Rechts auf den Nationalstaat möglich und wahrscheinlich. Wir Proletarier erklären uns von vornherein als *Gegner* der großrussischen Privilegien und betreiben in dieser Richtung unsere gesamte Propaganda und Agitation.

Auf der Jagd nach dem „Praktizismus“ hat Rosa Luxemburg die *wichtigste* praktische Aufgabe sowohl des großrussischen als auch des Proletariats der anderen Nationalitäten übersehen: die Aufgabe der tagtäglichen Agitation und Propaganda gegen alle nationalen staatlichen Privilegien, für das Recht, das gleiche Recht aller Nationen auf einen eigenen Nationalstaat. Diese Aufgabe ist (gegenwärtig) unsere wichtigste Aufgabe in der nationalen Frage, denn nur auf diese Weise verfechten wir die Interessen der Demokratie und des auf Gleichberechtigung beruhenden Zusammenschlusses aller Proletarier aller Nationen.

Mag diese Propaganda „unpraktisch“ sein sowohl vom Standpunkt der großrussischen Unterdrücker als auch vom Standpunkt der Bourgeoisie der unterdrückten Nationen (die einen wie die anderen verlangen ein *bestimmtes* Ja oder Nein und bezichtigen die Sozialdemokraten der „Unbestimmtheit“). In Wirklichkeit verbürgt gerade diese Propaganda, und nur sie, eine wahrhaft demokratische und wahrhaft sozialistische Erziehung der Massen. Nur eine solche Propaganda garantiert sowohl die größten Chancen für den nationalen Frieden in Rußland, wenn es ein Staat von bunter nationaler Zusammensetzung bleibt, als auch eine maximal friedliche (und für den proletarischen Klassenkampf am wenigsten schädliche) Teilung Rußlands in verschiedene Nationalstaaten, wenn die Frage einer solchen Teilung akut werden sollte.

Zur konkreteren Erläuterung dieser, der einzig proletarischen Politik in der nationalen Frage wollen wir die Stellungnahme des großrussischen Liberalismus zur „Selbstbestimmung der Nationen“ und das Beispiel der Lostrennung Norwegens von Schweden untersuchen.

5. DIE LIBERALE BOURGEOISIE UND DIE SOZIALISTISCHEN OPPORTUNISTEN IN DER NATIONALEN FRAGE

Wir haben gesehen, daß Rosa Luxemburg das folgende Argument als einen ihrer Haupt„trümpfe“ im Kampf gegen das Programm der Marxisten Rußlands betrachtet: die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts komme einer Unterstützung des bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nationen gleich. Verstehe man andererseits, sagt Rosa Luxemburg, unter diesem Recht nur den Kampf gegen jede Vergewaltigung von Nationen, dann sei ein besonderer Punkt im Programm unnötig, denn die Sozialdemokraten seien überhaupt gegen jede nationale Vergewaltigung und Rechtsungleichheit.

Das erste Argument wälzt, wie Kautsky vor fast 20 Jahren unwiderleglich bewiesen hat, die Schuld des Nationalismus auf einen Unschuldigen ab, denn es erweist sich, daß Rosa Luxemburg aus Furcht vor dem Nationalismus der Bourgeoisie der unterdrückten Nationen *in Wirklichkeit* dem Nationalismus der großrussischen Schwarzhunderter in die Hände spielt! Das zweite Argument ist im Grunde ein ängstliches Ausweichen vor der Frage: Schließt die Anerkennung der nationalen Gleichberechtigung die Anerkennung des Rechts auf Lostrennung ein oder nicht? Wenn ja, dann erkennt Rosa Luxemburg also die grundsätzliche Richtigkeit des Paragraphen 9 unseres Programms an. Wenn nicht, dann erkennt sie also die nationale Gleichberechtigung nicht an. Hier nützen keine Ausweichmanöver und keine Ausflüchte!

Indessen ist die beste Probe auf die obenerwähnten und alle ähnlichen Argumente das Studium der Stellungnahme der *verschiedenen* Gesellschaftsklassen zu dieser Frage. Für den Marxisten ist eine derartige Probe unerläßlich. Man muß vom Objektiven ausgehen, muß das gegenseitige Verhältnis der Klassen in diesem gegebenen Punkt nehmen. Da Rosa Luxemburg das unterläßt, verfällt gerade sie in die Sünde des Metaphysischen, des Abstrakten, der Gemeinplätze, der Vagheiten usw., deren sie ihre Gegner vergeblich zu überführen sucht.

Es geht um das Programm der Marxisten *Rußlands*, d. h. der Marxisten aller Nationalitäten Rußlands. Muß man da nicht die Stellungnahme der *herrschenden* Klassen Rußlands in Betracht ziehen?

Die Stellungnahme der „Bürokratie“ (man verzeihe das ungenaue Wort*) und der feudalen Gutsbesitzer vom Schlage des vereinigten Adels ist allgemein bekannt: unbedingte Ablehnung sowohl der Gleichberechtigung der Nationalitäten als auch des Rechts auf Selbstbestimmung. Die alte, aus der Zeit der Leibeigenschaft übernommene Losung: Selbstherrschaft, Rechtgläubigkeit, Volkstum, wobei mit dem letzteren nur das großrussische gemeint ist. Sogar die Ukrainer sind zu „Fremdstämmigen“ erklärt, sogar ihre Muttersprache wird verfolgt.

Werfen wir einen Blick auf die Bourgeoisie Rußlands, die zu einer allerdings sehr bescheidenen, aber dennoch zu einer Beteiligung an der Macht, am Gesetzgebungs- und Verwaltungssystem vom „3. Juni“ „berufen“ worden ist. Daß die Oktobristen in dieser Frage tatsächlich den Rechten folgen, darüber braucht man nicht viel Worte zu verlieren. Leider widmen manche Marxisten der Stellungnahme der liberalen großrussischen Bourgeoisie, der Progressisten und der Kadetten, viel weniger Aufmerksamkeit. Indessen aber wird derjenige, der diese Stellungnahme nicht studiert und sie nicht durchdenkt, bei der Erörterung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen unvermeidlich der Sünde der Abstraktheit und der Phrasendrescherei verfallen.

Im vergangenen Jahr hat die Polemik der „Prawda“ mit der „Retsch“ dieses im diplomatischen Ausweichen vor direkten Antworten auf „peinliche“ Fragen so gewandte Hauptorgan der Kadettenpartei dennoch gezwungen, einige wertvolle Eingeständnisse zu machen. Die ganze Aufregung entstand wegen des gesamtukrainischen Studentenkongresses in Lwów im Sommer 1913. Der professionelle „Ukrainist“ oder ukrainische Mitarbeiter der „Retsch“, Herr Mogiljanski, veröffentlichte einen Artikel, in dem er die Idee der Separation (Lostrennung) der Ukraine, für die der Nationalsoziale Donzow eingetreten war und der der erwähnte Kongreß zugestimmt hatte, mit den erlesensten Schimpfwörtern („Fieberphantasien“, „Abenteuertum“ u. dgl. m.) überschüttete.

Die Zeitung „Rabotschaja Prawda“, die sich keineswegs mit Herrn Donzow solidarisierte und geradeheraus sagte, daß er ein Nationalsozialer sei, daß viele ukrainische Marxisten mit ihm nicht einverstanden seien, erklärte jedoch, daß der *Jon* der „Retsch“, richtiger: die *prinzipielle Fragestellung* der „Retsch“, für einen großrussischen Demokraten oder

* Siehe den vorliegenden Band, S. 111. *Der Übers.*

für jemanden, der als Demokrat gelten will, durchaus ungehörig, unzulässig sei.* Möge die „Retsch“ die Herren Donzow direkt widerlegen, doch für ein großrussisches Organ der angeblichen Demokratie ist es prinzipiell unzulässig, die *Freiheit* der Lostrennung, das *Recht* auf Lostrennung außer acht zu lassen.

Einige Monate später veröffentlichte Herr Mogiljanski in Nr. 331 der „Retsch“ „Erläuterungen“, als er der Lwower ukrainischen Zeitung „Schljachi“¹¹⁰ die Erwiderungen des Herrn Donzow entnommen hatte, der unter anderem bemerkt hatte, daß „nur die russische sozialdemokratische Presse den chauvinistischen Ausfall der ‚Retsch‘ gebührend angekreidet (gebrandmarkt?) hat“. Die „Erläuterungen“ des Herrn Mogiljanski bestanden darin, daß er dreimal wiederholte: „Die Kritik an den Rezepten des Herrn Donzow“ „hat mit einer Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen nichts gemein“.

„Man muß sagen“, schrieb Herr Mogiljanski, „daß auch das ‚Selbstbestimmungsrecht der Nationen‘ nicht irgendein Fetisch“ (hört! hört!) „ist, an dem keine Kritik geübt werden darf: ungesunde nationale Lebensbedingungen können ungesunde Tendenzen in der nationalen Selbstbestimmung erzeugen, und diese aufzeigen heißt noch nicht, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen verneinen.“

Wie man sieht, waren diese Phrasen eines Liberalen über den „Fetisch“ ganz im Geiste der Phrasen Rosa Luxemburgs. Augenscheinlich wollte Herr Mogiljanski einer direkten Antwort auf die Frage ausweichen: Erkennt er das Recht auf politische Selbstbestimmung, d. h. auf Lostrennung, an oder nicht?

Und die „Proletarskaja Prawda“ (Nr. 4 vom 11. Dezember 1913) hat sowohl Herrn Mogiljanski als auch der *Partei* der Kadetten diese Frage geradeheraus gestellt.**

Die Zeitung „Retsch“ veröffentlichte darauf (in Nr. 340) eine nicht gezeichnete, d. h. offizielle redaktionelle Erklärung, die auf diese Frage Antwort gibt. Diese Antwort läßt sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. Im Paragraph 11 des Programms der Kadettenpartei werde direkt, präzise und klar vom „Recht auf freie *kulturelle* Selbstbestimmung“ der Nationen gesprochen.

* Siehe Werke, Bd. 19, S. 256/257. *Die Red.*

** Siehe ebenda, S. 521-523. *Die Red.*

2. Von der „Proletarskaja Prawda“ werde, wie die „Retsch“ versichert, die Selbstbestimmung „hoffnungslos durcheinandergebracht“ mit dem Separatismus, der Lostrennung dieser oder jener Nation.

3. „Die Kadetten haben es in der Tat auch niemals auf sich genommen, für das Recht auf ‚Lostrennung der Nationen‘ vom russischen Staat einzutreten.“ (Vgl. den Artikel „Der Nationalliberalismus und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ in der „Proletarskaja Prawda“ Nr. 12 vom 20. Dezember 1913*.)

Wenden wir unsere Aufmerksamkeit zunächst dem zweiten Punkt der Erklärung der „Retsch“ zu. Wie deutlich zeigt er den Herren Semkowski, Libman, Jurkewitsch und anderen Opportunisten, daß ihr Gezeter und Gerede über die angebliche „Unklarheit“ oder „Unbestimmtheit“ des Sinns der „Selbstbestimmung“ *in Wirklichkeit*, d. h. infolge des objektiven Wechselverhältnisses der Klassen und des Klassenkampfes in Rußland, nur ein *einfaches Wiederkäuen* der Reden der liberal-monarchistischen Bourgeoisie ist!

Als die „Proletarskaja Prawda“ den Herren aufgeklärten „konstitutionellen Demokraten“ von der „Retsch“ drei Fragen stellte: 1. Bestreiten sie, daß in der ganzen Geschichte der internationalen Demokratie, besonders seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, unter Selbstbestimmung der Nationen eben die politische Selbstbestimmung, das Recht auf Bildung eines selbständigen Nationalstaates, verstanden wird? 2. Bestreiten sie, daß der bekannte Beschluß des Londoner Internationalen Sozialistenkongresses vom Jahre 1896 den gleichen Sinn hat? und 3., daß Plechanow, der schon im Jahre 1902 über die Selbstbestimmung schrieb, darunter eben die politische Selbstbestimmung verstanden hat? - als die „Proletarskaja Prawda“ diese drei Fragen stellte, haben sich die *„Herren Kadetten in Schweigen gehüllt!“*

Sie antworteten mit keinem Wort, weil sie nichts zu antworten wußten. Sie mußten schweigend eingestehen, daß die „Proletarskaja Prawda“ unbedingt recht hatte.

Das Gezeter der Liberalen über die Unklarheit des Begriffs „Selbstbestimmung“ und darüber, daß die Sozialdemokraten ihn mit dem Separatismus „hoffnungslos durcheinanderbringen“, ist nichts anderes als das Bestreben, die Frage zu *verwirren*, sich um die Anerkennung des von der

* Siehe den vorliegenden Band, S. 43-45. *Die Red.*

Demokratie allgemein aufgestellten Prinzips zu drücken. Wären die Herren Semkowski, Libman und Jurkewitsch nicht solche Ignoranten, dann würden sie sich schämen, vor den Arbeitern in *liberalem* Geiste aufzutreten.

Aber gehen wir weiter. Die „Proletarskaja Prawda“ hat die „Retsch“ gezwungen einzugestehen, daß die Worte von der „kulturellen“ Selbstbestimmung im Programm der Kadetten den Sinn eben einer *Verneinung* der *politischen* Selbstbestimmung haben.

„Die Kadetten haben es in der Tat auch niemals auf sich genommen, für das Recht auf ‚Lostrennung der Nationen‘ vom russischen Staat einzutreten“ - diese Worte der „Retsch“ hat die „Proletarskaja Prawda“ nicht umsonst dem „Nowoje Wremja“ und der „Semschtschina“ als Musterbeispiel der „Loyalität“ unserer Kadetten empfohlen. Die Zeitung „Nowoje Wremja“, die sich natürlich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, den „Juden“ zu erwähnen und den Kadetten alle möglichen Anzüglichkeiten zu sagen, erklärte jedoch in Nr. 13 563:

„Was für die Sozialdemokraten ein Axiom politischer Weisheit darstellt“ (d. h. die Anerkennung des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung, auf Lostrennung), „das fängt heutzutage sogar unter den Kadetten an, Meinungsverschiedenheiten hervorzurufen.“

Die Kadetten haben prinzipiell durchaus den gleichen Standpunkt wie das „Nowoje Wremja“ bezogen, als sie erklärten, sie hätten es „auch niemals auf sich genommen, für das Recht auf Lostrennung der Nationen vom russischen Staat einzutreten“. Darauf beruht ja unter anderem der *Nationalliberalismus* der Kadetten, ihre Verwandtschaft mit den Purischkewitsch, ihre ideologisch-politische und praktisch-politische Abhängigkeit von diesen. „Die Herren Kadetten haben die Geschichte studiert“, schrieb die „Proletarskaja Prawda“, „und wissen sehr gut, zu welchen, gelinde gesagt, ‚pogromartigen‘ Handlungen die praktische Anwendung dieses angestammten Rechts der Purischkewitsch ‚festhalten und nicht loslassen‘ oft geführt hat.“ Obwohl die Kadetten den feudalen Ursprung und Charakter der Allmacht der Purischkewitsch sehr wohl kennen, stellen sie sich dennoch völlig *auf den Boden* der gerade von dieser Klasse geschaffenen Verhältnisse und der von ihr gezogenen Grenzen. Obwohl sie sehr gut wissen, wieviel Uneuropäisches, Antieuropäisches (Asiatisches) würden wir sagen, wenn das nicht wie eine unverdiente Mißachtung der

Japaner und Chinesen klänge) an den Verhältnissen und Grenzen ist, die von dieser Klasse geschaffen oder festgelegt worden sind, erkennen die Herren Kadetten sie als unüberschreitbare Schranke an.

Das ist eben die Anpassung an die Purischkewitsch, die Bauchkriecherei vor ihnen, die Angst, deren Stellung zu erschüttern, die Verteidigung der Purischkewitsch gegen die Volksbewegung, gegen die Demokratie. „Das bedeutet in Wirklichkeit“, schrieb die „Proletarskaja Prawda“, „die Anpassung an die Interessen der Fronherren und an die schlimmsten nationalistischen Vorurteile der herrschenden Nation an Stelle eines systematischen Kampfes gegen diese Vorurteile.“

Als Leute, die etwas von Geschichte verstehen und auf Demokratismus Anspruch erheben, machen die Kadetten nicht einmal den Versuch zu behaupten, daß die demokratische Bewegung, die in unseren Tagen sowohl für Osteuropa als auch für Asien kennzeichnend ist, die dieses wie jenes nach dem Muster der zivilisierten kapitalistischen Länder umzugestalten sucht - daß diese Bewegung die Grenzen in jedem Fall unverändert lassen müsse, die in der feudalen Epoche festgelegt worden sind, in der Epoche der Allmacht der Purischkewitsch und der Rechtlosigkeit breiter Schichten der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums.

Daß die durch die Polemik zwischen der „Proletarskaja Prawda“ und der „Retsch“ aufgeworfene Frage keineswegs nur eine literarische Frage, sondern eine wirklich brennende politische Tagesfrage war, das hat unter anderem die letzte Konferenz der Kadettenpartei vom 23. bis 25. März 1914 bewiesen. Im offiziellen Bericht der „Retsch“ (Nr. 83 vom 26. März 1914) über diese Konferenz lesen wir:

„Die nationalen Fragen wurden ebenfalls besonders lebhaft erörtert. Die Kiewer Delegierten, denen sich N. W. Nekrassow und A. M. Koljubakin angeschlossen, verwiesen darauf, daß die nationale Frage ein heranreifender gewichtiger Faktor sei, dem man sich entschlossener als bisher zuwenden müsse. F. F. Kokoschkin verwies jedoch darauf“ (das ist dasselbe ‚jedoch‘, das dem Schtschedrinschen ‚aber‘ entspricht - ‚die Ohren wachsen nicht über die Stirn hinaus, nein, das tun sie nicht‘), „daß sowohl das Programm als auch die bisherige politische Erfahrung eine sehr vorsichtige Behandlung der ‚dehnbaren Formeln‘ der ‚politischen Selbstbestimmung der Nationalitäten‘ erforderlich machen.“

Diese im höchsten Grade bemerkenswerten Betrachtungen auf der

Kadettenkonferenz verdienen die größte Aufmerksamkeit aller Marxisten und aller Demokraten. (In Parenthese sei bemerkt, daß die „Kiewskaja Mysl“, die offenbar sehr gut unterrichtet ist und die Gedanken des Herrn Kokoschkin zweifellos richtig wiedergibt, hinzufügte, daß er, natürlich als Warnung an seine Opponenten, die Gefahr eines „Zerfalls“ des Staates besonders hervorhob.)

Der offizielle Bericht der „Retsch“ ist virtuos diplomatisch abgefaßt, damit er möglichst wenig offenbare, damit möglichst viel verborgen bleibe. Aber dennoch ist in den Grundzügen klar, was auf der Kadettenkonferenz vor sich gegangen ist. Die Delegierten, liberale Bourgeois, die mit der Sachlage in der Ukraine vertraut sind, und „linke“ Kadetten stellten die Frage *gerade nach der politischen* Selbstbestimmung der Nationen. Sonst hätte Herr Kokoschkin gar keine Veranlassung gehabt, zu einer „vorsichtigen Behandlung“ dieser „Formel“ zu ermahnen.

Im Programm der Kadetten, das den Delegierten der Kadettenkonferenz selbstverständlich bekannt war, steht nämlich *nicht* politische, sondern „kulturelle“ Selbstbestimmung. Herr Kokoschkin *verteidigte* also das Programm *gegen* die Delegierten aus der Ukraine, *gegen* die linken Kadetten, verteidigte die „kulturelle“ *gegen* die „politische“ Selbstbestimmung. Es ist ganz offensichtlich, daß Herr Kokoschkin, als er gegen die „politische“ Selbstbestimmung auftrat, die Gefahr eines „Zerfalls des Staates“ an die Wand malte und die Formel „politischer Selbstbestimmung“ als „*dehnbar*“ bezeichnete (ganz im Geiste Rosa Luxemburgs!), damit den großrussischen Nationalliberalismus gegen die „linkeren“ oder die demokratischeren Elemente der Kadettenpartei und gegen die ukrainische Bourgeoisie verteidigte.

Herr Kokoschkin hat auf der Kadettenkonferenz gesiegt, wie aus dem verräterischen Wörtchen „jedoch“ im Bericht der „Retsch“ ersichtlich ist. Der großrussische Nationalliberalismus hat unter den Kadetten triumphiert. Wird dieser Sieg nicht dazu beitragen, die Geister jener wenigen Unvernünftigen unter den Marxisten Rußlands zu klären, die in die Fußtapfen der Kadetten getreten sind und gleichfalls begonnen haben, die „dehnbaren Formeln der politischen Selbstbestimmung der Nationalitäten“ zu fürchten?

Untersuchen wir „jedoch“ den Gedankengang des Herrn Kokoschkin auf seinen Kern. Als Herr Kokoschkin sich auf die „bisherige politische

Erfahrung“ berief (d.h. offenbar auf die Erfahrung des Jahres 1905, in dem die großrussische Bourgeoisie um ihre nationalen Privilegien Angst bekam und durch ihre Angst der Kadettenpartei Angst einjagte), als er die Gefahr eines „Zerfalls des Staates“ hervorhob, offenbarte er ein hervorragendes Verständnis dafür, daß politische Selbstbestimmung nichts anderes bedeuten kann als das Recht auf Lostrennung und auf Bildung eines selbständigen Nationalstaates. Es fragt sich nun, wie hat man diese Befürchtungen des Herrn Kokoschkin zu betrachten, vom Standpunkt der Demokratie im allgemeinen und vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes im besonderen?

Herr Kokoschkin will uns glauben machen, daß die Anerkennung des Rechts auf Lostrennung die Gefahr eines „Zerfalls des Staates“ vergrößere. Das ist der Standpunkt des Stadtpolizisten Mymrezow mit seiner Devise: „festhalten und nicht loslassen“. Vom Standpunkt der Demokratie im allgemeinen ist es gerade umgekehrt: Die Anerkennung des Rechts auf Lostrennung *verringert* die Gefahr eines „Zerfalls des Staates“.

Herr Kokoschkin urteilt völlig im Geiste der Nationalisten. Sie donnerten auf ihrem letzten Parteitag gegen die ukrainischen „Masepisten“ los. Die ukrainische Bewegung - riefen Herr Sawenko und Co. aus - droht die Verbundenheit der Ukraine mit Rußland zu schwächen, denn Österreich verstärkt durch seine ukrainophile Politik die Verbundenheit der Ukrainer mit Österreich!! Es bleibt unverständlich, weshalb denn Rußland nicht versuchen kann, die Verbundenheit der Ukrainer mit Rußland *durch die gleiche Methode* zu „stärken“, die die Herren Sawenko Österreich zum Vorwurf machen, d. h. dadurch, daß man den Ukrainern freien Gebrauch der Muttersprache, Selbstverwaltung, einen autonomen Landtag u. dgl. m. gewährt?

Die Gedankengänge der Herren Sawenko und der Herren Kokoschkin sind völlig gleichartig und gleich lächerlich und albern von der rein logischen Seite her. Ist es nicht klar, daß die ukrainische Nationalität um so fester mit einem bestimmten Land verbunden sein wird, je mehr Freiheit diese Nationalität in diesem Land haben wird? Es scheint, daß man diese Binsenwahrheit nicht bestreiten kann, ohne mit allen Prämissen des Demokratismus entschieden zu brechen. Kann es aber für eine Nationalität als solche eine größere Freiheit geben als die Freiheit der Lostrennung, die Freiheit der Bildung eines selbständigen Nationalstaates?

Um diese Frage, die von den Liberalen (und jenen, die ihnen aus Unverstand nachbeten) verwirrt wird, noch weiter aufzuhellen, wollen wir ein ganz einfaches Beispiel anführen. Nehmen wir die Frage der Ehescheidung. Rosa Luxemburg schreibt in ihrem Artikel, daß in einem zentralisierten demokratischen Staat bei aller Autonomie der einzelnen Gebiete die wichtigsten Zweige der Gesetzgebung, darunter auch die Gesetzgebung über die Ehescheidung, dem zentralen Parlament vorbehalten bleiben müssen. Diese Sorge um die Sicherung der Freiheit der Ehescheidung durch die zentrale Regierungsgewalt des demokratischen Staates ist durchaus begreiflich. Die Reaktionäre sind gegen die Freiheit der Ehescheidung, sie verlangen, daß man sie „vorsichtig behandle“, und schreien, daß sie den „Zerfall der Familie“ bedeute. Die Demokratie dagegen ist der Auffassung, daß die Reaktionäre heucheln und in Wirklichkeit die Allmacht der Polizei und der Bürokratie, die Privilegien des einen Geschlechts und die schlimmste Unterdrückung der Frau verteidigen; daß die Freiheit der Ehescheidung in Wirklichkeit nicht den „Zerfall“ der Familienbände, sondern im Gegenteil ihre Festigung auf den in der zivilisierten Gesellschaft einzig möglichen und dauerhaften demokratischen Grundlagen bedeute.

Die Anhänger der Freiheit der Selbstbestimmung, d. h. der Freiheit der Lostrennung, zu beschuldigen, sie förderten den Separatismus, ist die gleiche Dummheit und die gleiche Heuchelei, wie die Anhänger der Freiheit der Ehescheidung zu beschuldigen, sie förderten die Zerstörung der Familienbände. Ähnlich wie in der bürgerlichen Gesellschaft die Verteidiger der Privilegien und der Käuflichkeit, auf denen die bürgerliche Ehe beruht, gegen die Freiheit der Ehescheidung auftreten, so bedeutet im kapitalistischen Staat die Ablehnung der Freiheit der Selbstbestimmung, d. h. der Lostrennung der Nationen, nur eine Verteidigung der Privilegien der herrschenden Nation und der Polizeimethoden in der Verwaltung zum Schaden der demokratischen Methoden.

Zweifellos bringt das durch die gesamten Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft hervorgebrachte Politikasterium zuweilen äußerst leichtsinnige und sogar einfach alberne Schwätzereien von Parlamentariern oder Publizisten über die Lostrennung dieser oder jener Nation mit sich. Aber nur Reaktionäre können sich durch dergleichen Geschwätz erschrecken lassen (oder so tun, als seien sie erschreckt). Wer auf dem Standpunkt

der Demokratie, d. h. der Entscheidung der Fragen des Staates durch die Masse der Bevölkerung steht, der weiß sehr wohl, daß es vom Geschwätz der Politikaster bis zur Entscheidung der Massen noch „ganz enorme Distanzen sind“¹¹¹. Die Massen der Bevölkerung kennen auf Grund ihrer täglichen Erfahrungen ausgezeichnet die Bedeutung der geographischen und ökonomischen Zusammenhänge, die Vorzüge eines großen Marktes und eines großen Staates, und auf eine Lostrennung werden sie nur dann eingehen, wenn die nationale Unterdrückung und die nationalen Reibungen das Zusammenleben völlig unerträglich machen und alle und jedwede wirtschaftlichen Beziehungen stören. Und in einem solchen Fall werden die Interessen der kapitalistischen Entwicklung und der Freiheit des Klassenkampfes gerade durch diejenigen vertreten, die sich lostrennen.

Von welcher Seite man also auch die Erwägungen des Herrn Kokoschkin anpackt, sie erweisen sich stets als ein Gipfel von Albernheit und als Hohn auf die Prinzipien der Demokratie. Aber eine gewisse Logik wohnt diesen Erwägungen inne; es ist die Logik der Klasseninteressen der großrussischen Bourgeoisie. Herr Kokoschkin ist, ebenso wie die Mehrheit der Kadettenpartei, ein Lakai des Geldsacks dieser Bourgeoisie. Er verteidigt ihre Privilegien schlechthin, ihre *staatlichen* Privilegien im besonderen, verteidigt sie zusammen mit Purischkewitsch, in einer Front mit ihm - nur glaubt Purischkewitsch mehr an den Knüppel der Leibeigenschaft, während die Kokoschkin und Co. sehen, daß dieser Knüppel im Jahre 1905 einen tüchtigen Knacks bekommen hat, und sich mehr auf die bürgerlichen Mittel des Volksbetrugs verlassen, zum Beispiel darauf, die Kleinbürger und Bauern mit dem Gespenst des „Zerfalls des Staates“ zu schrecken und sie mit Redensarten von der Vereinigung der „Volksfreiheit“ mit den historischen Traditionen usw. zu betrügen.

Die liberale Feindschaft gegen das Prinzip der politischen Selbstbestimmung der Nationen hat nur eine einzige reale Klassenbedeutung: Nationalliberalismus, Verfechtung der staatlichen Privilegien der großrussischen Bourgeoisie. Und die Opportunisten unter den Marxisten Rußlands, die gerade jetzt, in der Epoche des Systems vom 3. Juni, gegen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu Felde gezogen sind, der Liquidator Semkowski, der Bundist Libman, der ukrainische Kleinbürger Jurkewitsch und wie sie alle heißen, trotten *in der Tat* einfach hinter dem National-

liberalismus einher und suchen die Arbeiterklasse durch nationalliberale Ideen zu demoralisieren.

Die Interessen der Arbeiterklasse und ihres Kampfes gegen den Kapitalismus erfordern volle Solidarität und unlösbare Einheit der Arbeiter aller Nationen, sie erfordern Gegenwehr gegen die nationalistische Politik der Bourgeoisie, welcher Nationalität sie auch sei. Deshalb wäre es ein Ausweichen vor den Aufgaben der proletarischen Politik und eine Unterordnung der Arbeiter unter die bürgerliche Politik, sowohl wenn die Sozialdemokraten das Selbstbestimmungsrecht, d. h. das Recht der unterdrückten Nationen auf Lostrennung, leugnen wollten, als auch wenn die Sozialdemokraten dazu übergingen, jede nationale Forderung der Bourgeoisie der unterdrückten Nationen zu unterstützen. Dem Lohnarbeiter ist es ganz gleichgültig, ob er vorwiegend von der großrussischen Bourgeoisie ausgebeutet wird, die gegenüber der fremdstämmigen den Vorrang hat, oder von der polnischen Bourgeoisie, die gegenüber der jüdischen den Vorrang hat usw. Dem Lohnarbeiter, der sich seiner Klasseninteressen bewußt geworden ist, sind die staatlichen Privilegien der großrussischen Kapitalisten ebenso gleichgültig wie die Versprechungen der polnischen oder ukrainischen Kapitalisten, die das Paradies auf Erden verheißen, wenn sie selbst staatliche Privilegien erlangen. Die Entwicklung des Kapitalismus schreitet fort und wird fortschreiten, so oder anders, in einem bunten Einheitsstaat wie in gesonderten Nationalstaaten.

In jedem Fall bleibt der Lohnarbeiter ein Objekt der Ausbeutung, und ein erfolgreicher Kampf dagegen erfordert die Unabhängigkeit des Proletariats vom Nationalismus, sozusagen absolute Neutralität der Proletarier im Kampf der Bourgeoisie der verschiedenen Nationen um den Vorrang. Die geringste Unterstützung der Privilegien der „eigenen“ nationalen Bourgeoisie durch das Proletariat irgendeiner Nation wird notwendigerweise Mißtrauen beim Proletariat der anderen Nation hervorrufen, wird die internationale Klassensolidarität der Arbeiter schwächen, wird sie zur Freude der Bourgeoisie untereinander entzweien. Die Leugnung des Rechts auf Selbstbestimmung oder Lostrennung bedeutet in der Praxis jedoch notwendigerweise Unterstützung der Privilegien der herrschenden Nation.

Wir können uns davon noch anschaulicher überzeugen, wenn wir das konkrete Beispiel der Lostrennung Norwegens von Schweden heranziehen.

6. DIE LOSTRENNUNG NORWEGENS VON SCHWEDEN

Rosa Luxemburg führt eben dieses Beispiel an und knüpft daran folgende Betrachtungen:

„Das letzte Ereignis in der Geschichte der föderativen Beziehungen, die Lostrennung Norwegens von Schweden seinerzeit von der sozialpatriotischen polnischen Presse (siehe den Krakauer ‚Naprzód‘⁴¹²) eiligst als erfreuliche Äußerung der Kraft und Fortschrittlichkeit der Tendenzen zur staatlichen Lostrennung aufgegriffen, verwandelte sich alsbald in einen schlagenden Beweis dafür, daß der Föderalismus und die aus ihm entspringende staatliche Lostrennung durchaus nicht ein Ausdruck von Fortschrittlichkeit oder Demokratismus sind. Nach der sogenannten norwegischen ‚Revolution‘, die in der Absetzung des schwedischen Königs und seiner Entfernung aus Norwegen bestand, wählten sich die Norweger seelenruhig einen anderen König, nachdem sie in aller Form in der Volksabstimmung den Plan der Errichtung einer Republik abgelehnt hatten. Was die oberflächlichen Verehrer jeder nationalen Bewegung und jedes Scheins von Unabhängigkeit als ‚Revolution‘ proklamierten, war einfach die Äußerung eines bauerlichen und kleinbürgerlichen Partikularismus, des Wunsches, für sein Geld einen ‚eigenen‘ König zu haben an Stelle eines durch die schwedische Aristokratie aufgezwungenen, war folglich eine Bewegung, die mit revolutionärem Geist entschieden gar nichts gemein hatte. Zugleich hat diese Geschichte der Sprengung der schwedisch norwegischen Union von neuem bewiesen, bis zu welchem Grade auch in diesem Falle die bis dahin bestehende Föderation nur der Ausdruck rein dynastischer Interessen und folglich eine Form des Monarchismus und der Reaktion war.“ („Przegł d“.)

Das ist buchstäblich alles, was Rosa Luxemburg zu diesem Punkt sagt!! Und man muß offen sagen, es wäre schwer, die Hilflosigkeit der eigenen Stellung plastischer auszudrücken, als es Rosa Luxemburg mit diesem Beispiel getan hat.

Die Frage war und ist die, ob für die Sozialdemokraten in einem Staat mit bunter nationaler Zusammensetzung ein Programm notwendig ist, das das Recht auf Selbstbestimmung oder Lostrennung anerkennt.

Was sagt uns nun zu dieser Frage das von Rosa Luxemburg selbst herangezogene Beispiel Norwegens?

Unsere Verfasserin dreht und wendet sich, witzelt und wettert gegen den „Naprzód“, aber die Frage beantwortet sie nicht!! Rosa Luxemburg

redet von allem möglichen, um *nicht ein Wort* zum Wesen der Frage zu sagen!!

Zweifellos haben die norwegischen Kleinbürger, die für ihr Geld ihren eigenen König haben wollten und den Plan der Errichtung einer Republik bei der Volksabstimmung zu Fall brachten, sehr üble Philistereigenschaften an den Tag gelegt. Zweifellos hat der „Naprzód“, wenn er das nicht bemerkte, ebenso üble und ebenso philisterhafte Qualitäten bewiesen.

Aber was soll das alles??

Es war doch die Rede vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen und von der Stellung des sozialistischen Proletariats zu diesem Recht! Warum antwortet Rosa Luxemburg nicht auf diese Frage, sondern geht wie um den heißen Brei darum herum?

Man sagt, für die Maus gebe es kein stärkeres Raubtier als die Katze. Für Rosa Luxemburg gibt es offenbar kein stärkeres Raubtier als die „Fracy“. „Fracy“ nennt man in der Umgangssprache die „Polnische Sozialistische Partei“, die sogenannte revolutionäre Fraktion, und das Krakauer Blättchen „Naprzód“ teilt die Ideen dieser „Fraktion“. Ihr Kampf gegen den Nationalismus dieser „Fraktion“ hat unsere Verfasserin in einem Maße verblindet, daß sie alles aus den Augen verliert und nur noch den „Naprzód“ sieht.

Sagt der „Naprzód“ „ja“, dann hält Rosa Luxemburg es für ihre heilige Pflicht, unverzüglich „nein“ zu rufen, ohne auch nur daran zu denken, daß sie durch diese Methode nicht ihre Unabhängigkeit vom „Naprzód“, sondern, genau umgekehrt, ihre ergötzliche Abhängigkeit von den „Fracy“ und ihre Unfähigkeit beweist, die Dinge etwas tiefgehender und umfassender zu sehen als vom Standpunkt des Krakauer Maulwurfshügels aus. Der „Naprzód“ ist gewiß ein sehr schlechtes und durchaus nicht marxistisches Organ, aber das darf uns nicht hindern, das Beispiel Norwegens, haben wir es einmal herangezogen, auf seinen Wesensgehalt hin zu untersuchen.

Um dieses Beispiel marxistisch zu untersuchen, müssen wir nicht auf die schlechten Eigenschaften der entsetzlich schrecklichen „Fracy“ eingehen, sondern 1. auf die konkreten historischen Besonderheiten der Lostrennung Norwegens von Schweden und 2. darauf, welches die Aufgaben des *Proletariats* beider Länder bei dieser Lostrennung waren.

Norwegen ist mit Schweden durch geographische, ökonomische und

sprachliche Bande nicht weniger eng verbunden als viele nichtgroßrussische slawische Nationen mit den Großrussen. Aber die Union Norwegens mit Schweden war keine freiwillige, so daß Rosa Luxemburg ganz ohne Grund von einer „Föderation“ spricht, einfach weil sie nicht weiß, was sie sagen soll. Norwegen wurde zur Zeit der Napoleonischen Kriege von den Monarchen gegen den Willen der Norweger an Schweden *ausgeliefert*, und die Schweden mußten Truppen nach Norwegen schicken, um es sich zu unterwerfen.

Danach gab es lange Jahrzehnte hindurch, trotz der außerordentlich weitgehenden Autonomie, die Norwegen genoß (eigener Landtag usw.), ununterbrochen Reibungen zwischen Norwegen und Schweden, und die Norweger trachteten aus allen Kräften, das Joch der schwedischen Aristokratie abzuschütteln. Im August 1905 schüttelten sie es endlich auch ab: Der norwegische Storting faßte den Beschluß, daß der schwedische König nicht mehr König von Norwegen sei, und das daraufhin durchgeführte Referendum, die Befragung des norwegischen Volkes, ergab eine erdrückende Stimmenmehrheit (ungefähr 200 000 gegen einige Hundert) für die völlige Lostrennung von Schweden. Die Schweden fanden sich nach einigem Schwanken mit der Tatsache der Lostrennung ab.

Dieses Beispiel zeigt uns, auf welcher Grundlage unter den heutigen ökonomischen und politischen Verhältnissen Fälle der Lostrennung einer Nation möglich sind und vorkommen, und welche *Torn* die Lostrennung unter den Verhältnissen der politischen Freiheit und des Demokratismus zuweilen annimmt.

Kein einziger Sozialdemokrat, sofern er sich nicht für völlig uninteressiert an den Fragen der politischen Freiheit und des Demokratismus erklären will (und in diesem Fall würde er selbstverständlich aufhören, Sozialdemokrat zu sein), wird leugnen können, daß dieses Beispiel *faktisch* beweist: Die klassenbewußten Arbeiter haben die *Pflicht*, systematisch dafür Propaganda zu treiben und Vorbereitungen zu treffen, daß wegen der Lostrennung von Nationen mögliche Konflikte *nur so* gelöst werden, wie der Konflikt zwischen Norwegen und Schweden im Jahre 1905 gelöst worden ist, nicht aber „auf russische Art“. Eben das wird denn auch durch die Programmforderung nach Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zum Ausdruck gebracht. Und Rosa Luxemburg mußte vor der für ihre Theorie unangenehmen Tatsache zu

grimmigen Angriffen auf das Philistertum der norwegischen Kleinbürger und auf den Krakauer „Naprzöd“ ihre Zuflucht nehmen, denn sie begriff sehr gut, wie sehr diese historische Tatsache *ein jir allemal* ihre Phrasen *widerlegt*, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen sei eine „Utopie“, es sei dasselbe wie das Recht, „von goldenen Tellern zu essen“ u. dgl. m. Solche Phrasen sind nur der Ausdruck eines beschränkt-selbstgenügsamen opportunistischen Glaubens an die Unabänderlichkeit des bestehenden Kräfteverhältnisses zwischen den Nationalitäten Osteuropas.

Gehen wir weiter. In der Frage der Selbstbestimmung der Nationen, wie in jeder anderen Frage, interessiert uns vor allem und mehr als alles andere die Selbstbestimmung des Proletariats innerhalb der Nationen. Rosa Luxemburg umging bescheiden auch diese Frage, da sie fühlte, wie unangenehm es für ihre „Theorie“ wäre, diese Frage an dem von ihr gewählten Beispiel Norwegens zu untersuchen.

Welche Haltung hat das norwegische und das schwedische Proletariat im Konflikt wegen der Lostrennung eingenommen und welche mußte es einnehmen? Die klassenbewußten Arbeiter Norwegens hatten natürlich *nach* der Lostrennung für die Republik zu stimmen*, und wenn es Sozialisten gab, die anders stimmten, so beweist das nur, wieviel stumpfsinnigen, kleinbürgerlichen Opportunismus es zuweilen im europäischen Sozialismus noch gibt. Darüber kann es nur eine Meinung geben, und wir erwähnen diesen Punkt nur, weil Rosa Luxemburg das Wesen der Sache durch *nicht zum Thema gehörendes* Gerede zu vertuschen sucht. Wir wissen nicht, ob das norwegische sozialistische Programm die norwegischen Sozialdemokraten in der Frage der Lostrennung verpflichtete, sich an eine bestimmte Meinung zu halten. Nehmen wir an, daß dem nicht so war, daß die norwegischen Sozialisten die Frage offengelassen hatten, wieweit für die Freiheit des Klassenkampfes die Autonomie Norwegens ausreichend war und in welchem Grade die ewigen Reibungen und Konflikte mit der schwedischen Aristokratie die Freiheit des Wirtschaftslebens beeinträchtigten. Daß aber das norwegische Proletariat gegen diese Aristo-

* Wenn die Mehrheit der norwegischen Nation für die Monarchie, das Proletariat aber für die Republik war, so standen dem norwegischen Proletariat, allgemein gesprochen, zwei Wege offen: entweder die Revolution, wenn die Bedingungen dafür reif waren, oder die Unterordnung unter die Mehrheit und eine langwierige Propaganda- und Agitationstätigkeit.

kratie und für die norwegische bäuerliche Demokratie (trotz aller ihrer kleinbürgerlichen Beschränktheiten) Partei nehmen mußte, das ist unbestreitbar.

Und das schwedische Proletariat? Bekanntlich propagierten die schwedischen Gutsbesitzer, unterstützt von den schwedischen Pfaffen, den Krieg gegen Norwegen; und da Norwegen weit schwächer ist als Schweden, da es schon eine schwedische Invasion durchgemacht hat, da ferner die schwedische Aristokratie in ihrem Lande ein sehr großes Gewicht hat, so stellte diese Propaganda eine sehr ernsthafte Bedrohung dar. Man kann sich dafür verbürgen, daß die schwedischen Kokoschkin auf die schwedischen Massen lange und eifrig demoralisierend wirkten, indem sie zur „vorsichtigen Behandlung“ der „dehnbaren Formeln der politischen Selbstbestimmung der Nationen“ ermahnten, den drohenden „Zerfall des Staates“ ausmalten und versicherten, die „Volksfreiheit“ sei mit den Traditionen der schwedischen Aristokratie vereinbar. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die schwedische Sozialdemokratie die Sache des Sozialismus und der Demokratie verraten hätte, wenn sie nicht aus allen Kräften sowohl gegen die gutsherrliche als auch gegen die „Kokoschkinsche“ Ideologie und Politik angekämpft hätte, wenn sie *außer* der Gleichberechtigung der Nationen schlechthin (die auch von den Kokoschkin anerkannt wird) nicht auch das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und die Freiheit der Lostrennung Norwegens verteidigt hätte.

Das enge Bündnis der norwegischen und schwedischen Arbeiter, ihre einmütige brüderliche Klassensolidarität hat durch diese Anerkennung des Rechts der Norweger auf Lostrennung seitens der schwedischen Arbeiter nur *gewonnen*. Denn die norwegischen Arbeiter haben sich davon überzeugt, daß die schwedischen Arbeiter nicht vom schwedischen Nationalismus angesteckt sind und daß ihnen der Bruderbund mit den norwegischen Proletariern höher steht als die Privilegien der schwedischen Bourgeoisie und Aristokratie. Das Zerreißen der Bande, die Norwegen von europäischen Monarchen und schwedischen Aristokraten aufgezwungen worden waren, hat die Bande zwischen den norwegischen und den schwedischen Arbeitern fester geknüpft. Die schwedischen Arbeiter haben bewiesen, daß sie in *allen* schroffen Wendungen der bürgerlichen Politik - auf dem Boden der bürgerlichen Verhältnisse ist eine neue gewaltsame Unterwerfung der Norweger unter die Schweden durchaus mög-

lich! - die volle Gleichberechtigung und die Klassensolidarität der Arbeiter beider Nationen im Kampf gegen die schwedische wie gegen die norwegische Bourgeoisie zu wahren und zu verteidigen wissen werden.

Daraus ist unter anderem ersichtlich, wie unbegründet, ja sogar einfach unernst die von den „Fracy“ gelegentlich unternommenen Versuche sind, die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und Rosa Luxemburg gegen die polnische Sozialdemokratie „auszuschlachten“. Die „Fracy“ sind keine proletarische, keine sozialistische, sondern eine kleinbürgerliche nationalistische Partei, eine Art polnischer Sozialrevolutionäre. Von einer Einheit der Sozialdemokraten Rußlands mit dieser Partei war nie die Rede und konnte es niemals sein. Dagegen hat kein Sozialdemokrat Rußlands die Annäherung und Vereinigung mit den polnischen Sozialdemokraten jemals „bereut“. Der polnischen Sozialdemokratie gebührt das gewaltige historische Verdienst, in dem durch und durch von nationalistischen Bestrebungen und Leidenschaften erfüllten Polen zum erstenmal eine wirklich marxistische, wirklich proletarische Partei geschaffen zu haben. Aber dieses Verdienst der polnischen Sozialdemokraten ist ein großes Verdienst nicht dank dem Umstand, daß Rosa Luxemburg gegen den Paragraphen 9 des Programms der Marxisten Rußlands Unsinn geredet hat, sondern trotz dieses bedauerlichen Umstands.

Gewiß hat das „Selbstbestimmungsrecht“ für die polnischen Sozialdemokraten nicht so große Bedeutung wie für die russischen. Es ist vollkommen begreiflich, daß der Kampf gegen das nationalistisch verblendete Kleinbürgertum Polens die polnischen Sozialdemokraten zwang, mit besonderem (manchmal vielleicht mit etwas übermäßigem) Eifer den „Bogen zu überspannen“. Keinem einzigen Marxisten Rußlands ist es je in den Sinn gekommen, den polnischen Sozialdemokraten einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie gegen die Lostrennung Polens sind. Einen Fehler begehen diese Sozialdemokraten nur dann, wenn sie - wie Rosa Luxemburg - zu bestreiten suchen, daß das Programm der Marxisten *Rußlands* die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts enthalten muß.

Das heißt, im Grunde genommen, Verhältnisse, die unter dem Krakauer Gesichtswinkel begreiflich sind, auf die Gesamtheit der Völker und Nationen Rußlands einschließlich der Großrussen übertragen. Das heißt, ein „umgestülpter polnischer Nationalist“, jedoch kein Sozialdemokrat sein, der auf dem gesamt-russischen, dem internationalen Standpunkt steht.

Denn die internationale Sozialdemokratie steht gerade auf dem Boden der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen. Dem wollen wir uns jetzt zuwenden.

7. DIE RESOLUTION DES LONDONER INTERNATIONALEN KONGRESSES VON 1896

Diese Resolution lautet:

„Der Kongreß erklärt, daß er für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt und mit den Arbeitern jedes Landes sympathisiert, das gegenwärtig unter dem Joch des militärischen, nationalen oder anderen Despotismus leidet, er fordert die Arbeiter aller dieser Länder auf, in die Reihen der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt zu treten, um mit ihnen gemeinsam für die Überwindung des internationalen Kapitalismus und die Durchsetzung der Ziele der internationalen Sozialdemokratie zu kämpfen.“*

Wie wir schon aufgezeigt haben, kennen unsere Opportunisten, die Herren Semkowski, Libman und Jurkewitsch, diesen Beschluß einfach nicht. Rosa Luxemburg aber kennt ihn und führt ihn in vollem Wortlaut an, in dem der gleiche Ausdruck enthalten ist wie in unserem Programm: „Selbstbestimmung“.

Es fragt sich also, wie Rosa Luxemburg dieses Hindernis beseitigt, das ihrer „originellen“ Theorie im Wege steht?

Nun, ganz einfach: ... der Schwerpunkt liege hier im zweiten Teil der Resolution... ihr deklarativer Charakter... nur aus einem Mißverständnis heraus könne man sich auf sie berufen!!

Hilflosigkeit und Verwirrung unserer Verfasserin sind einfach erstaunlich. Gewöhnlich weisen auf den deklarativen Charakter konsequent demokratischer und sozialistischer Programmpunkte nur Opportunisten hin, die einer direkten Polemik gegen sie feige ausweichen. Offenbar

* Vgl. den offiziellen deutschen Bericht über den Londoner Kongreß „Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongresses zu London vom 27. Juli bis 1. August 1896“, Berlin 1896, S. 18. Es gibt eine russische Broschüre mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse, wo statt „Selbstbestimmung“ fälschlich „Autonomie“ übersetzt ist.

befindet sich Rosa Luxemburg diesmal nicht umsonst in der traurigen Gesellschaft der Herren Semkowski, Libman und Jurkewitsch. Rosa Luxemburg kann sich nicht entschließen, geradeheraus zu erklären, ob sie die angeführte Resolution für richtig oder für falsch hält. Sie windet und versteckt sich, als rechne sie auf einen unaufmerksamen und unwissenden Leser, der den ersten Teil der Resolution vergißt, sobald er beim zweiten angelangt ist, oder von den Debatten in der sozialistischen Presse vor dem Londoner Kongreß niemals etwas gehört hat.

Aber Rosa Luxemburg irrt sehr, wenn sie sich einbildet, daß es ihr vor den klassenbewußten Arbeitern Rußlands so leicht gelingen wird, eine Resolution der Internationale zu einer wichtigen grundsätzlichen Frage mit Füßen zu treten, ohne auch nur zu geruhen, sie kritisch zu untersuchen.

In den Debatten vor dem Londoner Kongreß - hauptsächlich in den Spalten der Zeitschrift der deutschen Marxisten, „Die Neue Zeit“ - ist der Standpunkt Rosa Luxemburgs dargelegt worden, *und dieser Standpunkt hat vor der Internationale im wesentlichen eine „Niederlage erlitten!* Darin liegt das Wesen der Sache, das insbesondere der russische Leser im Auge behalten muß.

Den Anlaß zu den Debatten bildete die Frage der Unabhängigkeit Polens. Drei Standpunkte wurden vertreten:

1. Der Standpunkt der „Fracy“, in deren Namen Häcker auftrat. Sie wollten, daß die Internationale in *ihrem* Programm die Forderung nach der Unabhängigkeit Polens anerkenne. Dieser Vorschlag wurde nicht angenommen. Dieser Standpunkt erlitt vor der Internationale eine Niederlage.

2. Der Standpunkt Rosa Luxemburgs: Die polnischen Sozialisten dürften die Unabhängigkeit Polens nicht fordern. Von einer Verkündung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen konnte von diesem Standpunkt aus nicht einmal die Rede sein. Auch dieser Standpunkt erlitt vor der Internationale eine Niederlage.

3. Der Standpunkt, den damals am ausführlichsten Karl Kautsky entwickelte, der Rosa Luxemburg entgegentrat und die extreme „Einseitigkeit“ ihres Materialismus nachwies. Von diesem Standpunkt aus könne die Internationale heute die Unabhängigkeit Polens nicht in ihr Programm aufnehmen, aber die polnischen Sozialisten - sagte Kautsky - könnten eine derartige Forderung durchaus aufstellen. Vom sozialistischen Stand-

punkt aus sei es absolut falsch, unter den Verhältnissen einer nationalen Unterdrückung die Aufgaben der nationalen Befreiung zu ignorieren.

In der Resolution der Internationale sind denn auch die wesentlichsten, grundlegendsten Leitsätze dieses Standpunkts wiedergegeben: einerseits die ganz offene und unmißverständliche Anerkennung des vollen Selbstbestimmungsrechts für alle Nationen; andererseits werden die Arbeiter ebenso unzweideutig zur *internationalen* Einheit ihres Klassenkampfes aufgefordert.

Wir glauben, daß diese Resolution absolut richtig ist und daß für die Länder Osteuropas und Asiens am Anfang des 20. Jahrhunderts eben diese Resolution, und zwar ihre beiden Teile in unlösbarem Zusammenhang genommen, der proletarischen Klassenpolitik in der nationalen Frage die einzig richtige Direktive gibt.

Gehen wir etwas ausführlicher auf die drei oben angeführten Standpunkte ein.

Bekanntlich waren Karl Marx und Friedrich Engels der Auffassung, daß es unbedingte Pflicht der gesamten westeuropäischen Demokratie und um so mehr der Sozialdemokratie ist, die Forderung nach der Unabhängigkeit Polens aktiv zu unterstützen. Für die vierziger und sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, die Epoche der bürgerlichen Revolution in Österreich und Deutschland, die Epoche der „Bauernreform“ in Rußland, war dieser Standpunkt durchaus richtig und der einzige konsequent demokratische und proletarische Standpunkt. Solange die Volksmassen Rußlands und der meisten slawischen Länder noch in tiefem Schlaf lagen, solange es in diesen Ländern *keine* selbständigen demokratischen Massenbewegungen *gab*, solange hatte die Befreiungsbewegung der *Schlachtschitzen* in Polen, vom Standpunkt nicht nur der gesamtrussischen, nicht nur der gesamtslawischen, sondern auch der gesamteuropäischen Demokratie aus gesehen, gewaltige, erstrangige Bedeutung.*

* Es wäre eine sehr interessante historische Arbeit, einen Vergleich zu ziehen zwischen dem Standpunkt eines polnischen aufständischen Schlachtschitzen von 1863, dem Standpunkt Tschernyschewskis, des Vertreters der gesamtrussischen revolutionären Demokratie, der auch (gleich Marx) die Bedeutung der polnischen Bewegung einzuschätzen wußte, und dem Standpunkt des viel später hervorgetretenen ukrainischen Kleinbürgers Dragomanow, der die Auffassung des Bauern zum Ausdruck brachte, der noch so barbarisch,

War dieser Marxsche Standpunkt für das zweite Drittel oder das dritte Viertel des 19. Jahrhunderts völlig richtig, so hat er jedoch gegen das 20. Jahrhundert zu aufgehört, richtig zu sein. In den meisten slawischen Ländern und sogar in einem der rückständigsten slawischen Länder, in Rußland, sind selbständige demokratische Bewegungen und sogar eine selbständige proletarische Bewegung erwacht. Das Polen der Schlachtschützen ist verschwunden und hat einem Polen der Kapitalisten Platz gemacht. Unter diesen Umständen mußte Polen seine *Sonderstellung* in der revolutionären Bewegung verlieren.

Wenn die PPS (die „Polnische Sozialistische Partei“, die heutigen „Fracy“) im Jahre 1896 versuchte, den Standpunkt von Marx *aus einer anderen Epoche* zu „verewigen“, so hieß das bereits, den *Buchstaben* des Marxismus gegen den *Geist* des Marxismus ausspielen. Daher waren die polnischen Sozialdemokraten völlig im Recht, als sie gegen die nationalistischen Neigungen des polnischen Kleinbürgertums auftraten, die zweit-rangige Bedeutung der nationalen Frage für die polnischen Arbeiter aufzeigten, zum erstenmal eine rein proletarische Partei in Polen schufen und das überragend wichtige Prinzip des engsten Bündnisses des polnischen mit dem russischen Arbeiter in ihrem Klassenkampf verkündeten.

Bedeutete das aber, daß die Internationale am Anfang des 20. Jahrhunderts für Osteuropa und Asien das Prinzip der politischen Selbstbestimmung der Nationen, ihr Recht auf Lostrennung, für überflüssig erklären durfte? Das wäre eine ungeheure Absurdität gewesen, die (theoretisch) gleichbedeutend damit gewesen wäre, die bürgerlich-demokratische Umgestaltung des türkischen, russischen, chinesischen Staates als abgeschlossen anzuerkennen, was (praktisch) einem Opportunismus gegenüber dem Absolutismus gleichgekommen wäre.

Nein. In Osteuropa und Asien muß in der Epoche der bereits begonnenen bürgerlich-demokratischen Revolutionen, in der Epoche des Erwachens und der Verschärfung der nationalen Bewegungen, in der verschlafen, so mit seinem Misthaufen verwachsen war, daß er aus berechtigtem Haß gegen den polnischen Pan die Bedeutung des Kampfes dieser Pans für die gesamtrussische Demokratie nicht begreifen konnte. (Vgl. „Das historische Polen und die großrussische Demokratie“ von Dragomanow.) Dragomanow hat die verzückten Küsse durchaus verdient, mit denen ihn späterhin der schon zum Nationalliberalen gewordene Herr P. B. Struve belohnte.

Epoche des Entstehens selbständiger proletarischer Parteien, die Aufgabe dieser Parteien in der nationalen Politik eine zweifache sein: Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts für alle Nationen, denn die bürgerlich-demokratische Umgestaltung ist noch nicht abgeschlossen, denn die Arbeiterdemokratie verfährt konsequent, ernsthaft und aufrichtig, nicht auf liberale, nicht auf Kokoschkinsche Art, die Gleichberechtigung der Nationen - und ein enges unlösbares Bündnis im Klassenkampf der Proletarier aller in einem gegebenen Staate lebenden Nationen bei allen und jeglichen Wendungen in der Geschichte dieses Staates, bei allen und jeglichen Veränderungen der Grenzen einzelner Staaten durch die Bourgeoisie.

Eben diese zweifache Aufgabe des Proletariats wird in der Resolution der Internationale von 1896 formuliert. Eben dieser Art ist, in ihren prinzipiellen Grundzügen, die Resolution der Sommerberatung 1913 der Marxisten Rußlands. Es gibt Leute, denen es „widerspruchsvoll“ erscheint, daß diese Resolution in ihrem vierten Punkt, wo das Recht auf Selbstbestimmung, auf Lostrennung anerkannt wird, dem Nationalismus sozusagen ein Maximum „einräumt“ (in Wirklichkeit enthält die Anerkennung des *Rechts aller* Nationen auf Selbstbestimmung ein Maximum an *Demokratismus* und ein Minimum an Nationalismus), im fünften Punkt aber die Arbeiter vor den nationalistischen Losungen warnt, von welcher Bourgeoisie sie auch kommen mögen, und die Vereinigung und Verschmelzung der Arbeiter aller Nationen in international einheitlichen proletarischen Organisationen fordert. Hier einen „Widerspruch“ zu entdecken, das vermögen nur ausgemachte Schwachköpfe, unfähig, beispielsweise zu begreifen, warum die Einheit und Klassensolidarität des schwedischen und norwegischen Proletariats *gewonnen* hat, als die schwedischen Arbeiter die Freiheit Norwegens, sich als selbständiger Staat loszutrennen, verteidigten.

8. DER UTOPIST KARL MARX UND DIE PRAKTISCHE ROSA LUXEMBURG

Rosa Luxemburg, die die Unabhängigkeit Polens für eine „Utopie“ erklärt und dies bis zum Überdruß oft wiederholt, ruft dabei ironisch aus: Warum sollte man nicht die Forderung nach der Unabhängigkeit Irlands stellen?

Offenbar ist der „praktischen“ Rosa Luxemburg unbekannt, wie sich Karl Marx zur Frage der Unabhängigkeit Irlands verhalten hat. Es lohnt sich, darauf einzugehen, um die Analyse einer *konkreten* Forderung nach nationaler Unabhängigkeit vom wirklich marxistischen und nicht opportunistischen Standpunkt aus zu zeigen.

Marx hatte die Gewohnheit, seinen Bekannten unter den Sozialisten, wie er sich ausdrückte, „auf den Zahn zu fühlen“, sie auf ihre Zielklarheit und Überzeugungstreue zu prüfen.¹¹³ Nachdem er Lopatin kennengelernt hat, schreibt er am 5. Juli 1870 an Engels ein im höchsten Grade schmeichelhaftes Urteil über den jungen russischen Sozialisten, fügt dem jedoch hinzu:

„Schwacher Punkt: *Polen*. Hier spricht er ganz wie ein Engländer - say an English chartist of the old school“ [etwa wie ein englischer Chartist der alten Schule] „- von Irland.“¹¹⁴

Marx fragt einen Sozialisten, der einer Unterdrückernation angehört, über seine Stellung zu der unterdrückten Nation aus und legt sofort den Fehler bloß, der den Sozialisten der herrschenden Nation (der englischen und der russischen) *gemeinsam* ist: das Unverständnis für ihre sozialistischen Pflichten gegenüber den unterdrückten Nationen, das Wiederkäuen von Vorurteilen, übernommen von der „Großmacht“-bourgeoisie.

Ehe wir uns den positiven Erklärungen von Marx über Irland zuwenden, muß vorausgeschickt werden, daß sich Marx und Engels zur nationalen Frage allgemein streng kritisch verhielten, sie als historisch bedingt einzuschätzen wußten. So schrieb Engels am 23. Mai 1851 an Marx, daß er durch das Studium der Geschichte zu pessimistischen Schlüssen hinsichtlich Polens gekommen sei, daß Polen zeitweilig, nur bis zur Agrarrevolution in Rußland, von Bedeutung sei. Die Rolle der Polen in der Geschichte sei, „tapfre krakeelsüchtige Dummheit“ zu spielen. „Auch nicht ein einziger Moment ist anzugeben, wo Polen, selbst nur gegen Rußland, den Fortschritt mit Erfolg repräsentierte oder irgend etwas von historischer Bedeutung tat.“ In Rußland gebe es viel mehr Elemente der Zivilisation, der Bildung, der Industrie, des Bürgertums als in dem „chevaleresk-bärenhäuternden Polen“. „Was ist Warschau und Krakau gegen Petersburg, Moskau, Odessa usw.“¹¹⁵ Engels glaubt nicht an den Erfolg polnischer Adelsinsurrektionen.

Aber alle diese Gedanken, in denen so viel genialer Weitblick steckt, haben Engels und Marx nicht im geringsten gehindert, zwölf Jahre später, als Rußland immer noch schlief, Polen aber brodelte, den tiefsten und glühendsten Anteil an der polnischen Bewegung zu nehmen.

Im Jahre 1864, als Marx die Inauguraladresse für die Internationale verfaßte, schrieb er an Engels (am 4. November 1864), daß man gegen den Nationalismus Mazzinis kämpfen müsse. Marx schreibt: „Soweit in der Adresse International Politics“ [internationale Politik] „vorkommt, spreche ich von countries“ [Ländern], „nicht von nationalities“ [Nationalitäten] „und denunziere Rußland, nicht die *minores gentium*“ [kleineren Länder]. Es unterlag für Marx keinem Zweifel, daß im Vergleich mit der „Arbeiterfrage“ die nationale Frage von untergeordneter Bedeutung ist. Aber von einer Ignorierung der nationalen Bewegungen ist seine Theorie himmelweit entfernt.

Es kam das Jahr 1866. Marx schreibt an Engels über die „Proudhonclique“ in Paris: Sie „erklärt... Nationalitäten für Unsinn, attackiert Bismarck und Garibaldi usw. Als Polemik gegen den Chauvinismus ist ihr Treiben nützlich und erklärlich. Aber als Proudhongläubige (meine hiesigen sehr guten Freunde Lafargue und Longuet gehören auch dazu), die meinen, ganz Europa müsse und werde still auf dem Hintern sitzen, bis die Herren in Frankreich ‚La misere et l’ignorance‘“ [„Das Elend und die Unwissenheit“] „abgeschafft,... sind sie grotesk.“ (Brief vom 7. Juni 1866.)

„Gestern“, schreibt Marx am 20. Juni 1866, „war im International Council“ [Internationalen Rat] „Debatte über die jetzige Kriegssache ... Die Diskussion was wound up“ [schloß ab], „wie vorherzusehn, mit der ‚question of nationality‘“ [Nationalitätenfrage] „überhaupt und der Stellung, die wir dazu einzunehmen ... Übrigens rückten die (*Nichtarbeiter*) Repräsentanten der ‚jeune France‘“ [des ‚jungen Frankreich‘] „damit heraus, daß alle Nationalität und Nationen selbst ‚des prejuges surannes‘“ [veraltete Vorurteile] „sind. Proudhonisierter Stirnerianismus... die ganze Welt wartet, bis die Franzosen reif sind, eine soziale Revolution zu machen ... Die Engländer lachten sehr, als ich meinen speech“ [Rede] „damit eröffnete, daß unser Freund Lafargue etc., der die Nationalitäten abgeschafft hat, uns französisch‘, i. e. in einer Sprache angeredet, die ⁹/10 des Auditoriums nicht verstand. Ich deutete weiter an, daß gänzlich un-

bewußt er unter Negation der Nationalitäten ihre Absorption in die französische Musternation zu verstehn scheine.“¹¹⁶

Die Schlußfolgerung aus allen diesen kritischen Bemerkungen von Marx ist klar: Die Arbeiterklasse darf am allerwenigsten aus der nationalen Frage einen Fetisch machen, denn die Entwicklung des Kapitalismus erweckt nicht unbedingt *alle* Nationen zu selbständigem Leben. Sich aber, wenn nationale Massenbewegungen einmal entstanden sind, von ihnen abwenden, auf eine Unterstützung des Fortschrittlichen in ihnen verzichten, hieße in Wirklichkeit *nationalistischen* Vorurteilen unterliegen, nämlich: in der „eigenen“ Nation die „Musternation“ sehen (oder, fügen wir von uns aus hinzu, die Nation, die das ausschließliche Privileg auf staatliche Konstituierung besitzt).*

Aber kehren wir zur Frage Irland zurück.

Am klarsten kommt die Stellungnahme von Marx zu dieser Frage in folgenden Auszügen aus seinen Briefen zum Ausdruck:

„Diese Demonstration der englischen Arbeiter für Fenianismus habe ich auf alle Art zu provozieren gesucht... Ich habe früher Trennung Irlands von England für unmöglich gehalten. Ich halte sie jetzt für unvermeidlich, obgleich nach der Trennung Föderation kommen mag.“ Das schrieb Marx im Brief an Engels vom 2. November 1867.

Im Brief vom 30. November desselben Jahres fügte er hinzu:

„... was sollen wir den *englischen* Arbeitern raten? Nach meiner Ansicht müssen sie Repeal“ [Aufhebung] „der Union“ (Irlands mit England, d. h. die Lostrennung Irlands von England), „kurz den Witz von 1783, nur demokratisiert und den Zeitumständen angepaßt zu einem Artikel ihres Pronunziamento“ [Kampfprogramms] „machen. Es ist dies die einzig legale und daher einzig mögliche Form der irischen Emanzipation, die in das Programm einer *englischen* Partei aufgenommen werden kann. Die Erfahrung muß später zeigen, ob die bloße Personalunion zwischen den 2 Ländern fortexistieren könnte ...

Was die Irländer brauchen, ist:

* Vgl. noch den Brief von Marx an Engels vom 3. Juni 1867: „Mit wahrem Vergnügen aus der Pariser Korrespondenz der *Times* die polenfreundlichen Exklamationen der Pariser wider Alex[ander] etc. ersehnen. Herr Proudhon und seine kleine doktrinäre Clique sind nicht das French People“ [französische Volk].¹¹⁷

1. Selbstregierung und Unabhängigkeit von England.

2. Agrarische Revolution ...“

Marx, der der irischen Frage ungeheure Wichtigkeit beimaß, hielt in einem Londoner deutschen Arbeiterverein einen anderthalbstündigen Vortrag über dieses Thema. (Brief vom 17. Dezember 1867.)¹¹⁸

Engels erwähnt in seinem Brief vom 20. November 1868 den „Haß gegen die Irländer unter den englischen Arbeitern“, und fast ein Jahr später (24. Oktober 1869) schreibt er, auf dasselbe Thema zurückkommend:

„Von Irland nach Rußland il n’y a qu’un pas“ [ist es nur ein Schritt] „... An der irischen Geschichte kann man sehen, welch ein Pech es für ein Volk ist, wenn es ein andres unterjocht hat. Alle englischen Schweineereien haben ihren Ursprung in der irischen Pale*. Die Cromwellsche Zeit muß ich noch ochen, so viel aber scheint mir gewiß, daß die Sache auch in England eine andre Wendung genommen, wenn nicht in Irland die Notwendigkeit gewesen, militärisch zu herrschen und eine neue Aristokratie zu schaffen.“

Erwähnen wir beiläufig noch den Brief von Marx an Engels vom 18. August 1869:

„In Posen ... haben die *polnischen* Arbeiter ... siegreich einen strike beendet durch Hilfe ihrer Berliner Kollegen. Dieser Kampf gegen Monsieur le Capital - selbst in der untergeordneten Form des strike - wird anders mit den nationalen Vorurteilen fertig als die Friedensdeklamationen der Herrn Bourgeois.“¹¹⁹

Die von Marx in der Internationale vertretene Politik in der irischen Frage läßt sich aus folgendem ersehen:

Am 18. November 1869 schreibt Marx an Engels, daß er im Generalrat der Internationale eine Rede von ungefähr fünf Viertelstunden über das Verhalten des britischen Ministeriums zur irischen Amnestiefrage gehalten und dazu die folgende Resolution vorgeschlagen habe:

„Es wird erklärt,

daß Herr Gladstone in seiner Antwort auf die irischen Forderungen nach Freilassung der eingekerkerten irischen Patrioten... die irische Nation bewußt beleidigt;

* Von den Engländern zuerst unterworfenen Teil Irlands. *Der Übers.*

daß er die politische Amnestie an Bedingungen knüpft, die gleichermaßen erniedrigend für die Opfer der Mißregierung wie für das Volk sind, dem sie angehören;

daß er, der trotz seiner verantwortlichen Stellung der Rebellion der amerikanischen Sklavenhalter öffentlich und begeistert Beifall gesendet hat, jetzt auftritt, um dem irischen Volk die Doktrin der passiven Unterwerfung zu predigen;

daß sein ganzes Verhalten in der irischen Amnestiefrage das wahre und echte Produkt jener ‚*Eroberungspolitik*‘ ist, durch deren leidenschaftliche Brandmarkung Herr Gladstone seine Tory-Rivalen aus dem Amt gedrängt hat;

daß der Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation seiner Bewunderung Ausdruck gibt für die tapfere, entschlossene und hochherzige Art, in der das irische Volk seine Amnestiebewegung führt;

daß diese Resolutionen allen Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation und allen mit ihr in Verbindung stehenden Arbeitergesellschaften in Europa und Amerika zur Kenntnis gebracht werden sollen.¹²⁰

Am 10. Dezember 1869 schreibt Marx, er werde die irische Sache im Generalrat der Internationale in folgender Art vorbringen:

„... daß, ganz abgesehen von aller ‚internationalen‘ und ‚humanen‘ justice for Ireland-Phrase“ [Gerechtigkeit für Irland] - „die sich im international Council“ [Internationalen Rat] „von selbst versteht -, es *das direkte absolute Interesse der English Working Class* ist, *to get rid of their present connexion with Ireland*“ [von ihrer gegenwärtigen Verbindung mit Irland loszukommen]. „Und dies ist meine vollste Überzeugung, und aus Gründen, die ich teilweise den englischen Arbeitern selbst nicht mitteilen kann. Ich habe lange geglaubt, es sei möglich, das irische Regime durch English Working Class ascendancy“ [Aufstieg der englischen Arbeiterklasse] „zu stürzen. Ich habe stets diese Ansicht in der New York Tribune“ (amerikanische Zeitung, an der Marx lange Zeit mitarbeitete) „vertreten. Tieferes Studium hat mich nun vom Gegenteil überzeugt. Die englische Working Class wird *nie was ausrichten*, before it has got rid of Ireland“ [ehe sie sich von Irland gelöst hat] „... die englische Reaktion in England wurzelt in der Unterjochung Irlands.“¹²¹ (Herabhebungen von Marx.)

Jetzt dürfte den Lesern die Marxsche Politik in der irischen Frage völlig klar sein.

Der „Utopist“ Marx ist so „unpraktisch“, für die Lostrennung Irlands einzutreten, die auch ein halbes Jahrhundert später nicht verwirklicht ist.

Wodurch wurde nun diese Marxsche Politik hervorgerufen, und war sie nicht ein Fehler?

Anfangs hatte Marx geglaubt, daß nicht die nationale Bewegung der unterdrückten Nation, sondern die Arbeiterbewegung in der unterdrückenden Nation Irland befreien werde. Marx macht aus den nationalen Bewegungen nichts Absolutes, denn er weiß, daß nur der Sieg der Arbeiterklasse die volle Befreiung aller Nationalitäten bringen kann. Im voraus alle möglichen Wechselbeziehungen zwischen den bürgerlichen Befreiungsbewegungen der unterdrückten Nationen und der proletarischen Befreiungsbewegung in der unterdrückenden Nation in Betracht zu ziehen (gerade das Problem, das die nationale Frage im heutigen Rußland so schwierig macht), ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Die Umstände fügten sich jedoch so, daß die englische Arbeiterklasse auf recht lange Zeit unter den Einfluß der Liberalen geriet, ihr Nachtrab wurde und sich durch eine liberale Arbeiterpolitik selbst enthauppte. Die bürgerliche Befreiungsbewegung in Irland erstarkte und nahm revolutionäre Formen an. Marx überprüft seine Auffassung und berichtigt sie. „Welch ein Pech ist es für ein Volk, wenn es ein andres unterjocht hat.“ Die Arbeiterklasse Englands wird sich nicht befreien, solange Irland nicht von der englischen Unterdrückung befreit ist. Die Reaktion in England wird gestärkt und genährt durch die Versklavung Irlands (wie die Reaktion in Rußland durch die Versklavung einer Reihe von Nationen genährt wird!).

Marx, der in der Internationale eine Sympathieresolution für die „irische Nation“, das „irische Volk“ zur Annahme bringt (der kluge L. Wl. hätte den armen Marx wegen Vergessens des Klassenkampfes wahrscheinlich in Grund und Boden gedonnert!), propagiert die *Lostrennung* Irlands von England, „obgleich nach der Trennung Föderation kommen mag“.

Welches sind die theoretischen Prämissen dieser Marxschen Schlußfolgerung? In England ist die bürgerliche Revolution im allgemeinen längst abgeschlossen. In Irland aber ist sie noch nicht beendet; sie wird

erst jetzt, ein halbes Jahrhundert später, durch die Reformen der englischen Liberalen zu Ende geführt. Wäre der Kapitalismus in England so rasch gestürzt worden, wie Marx anfänglich erwartete, so wäre in Irland für eine bürgerlich-demokratische, gesamt-nationale Bewegung kein Raum gewesen. Nachdem sie aber einmal entstanden ist, gibt Marx den englischen Arbeitern den Rat, sie zu unterstützen, ihr einen revolutionären Anstoß zu geben und sie im Interesse *ihrer eigenen* Freiheit zu Ende zu führen.

Die ökonomischen Bindungen Irlands mit England in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts waren gewiß noch enger als die Bindungen Rußlands mit Polen, der Ukraine usw. Das „Unpraktische“ und die „Undurchführbarkeit“ einer Lostrennung Irlands (allein schon infolge der geographischen Verhältnisse und infolge der unermeßlichen kolonialen Macht Englands) waren augenfällig. Obwohl grundsätzlicher Gegner des Föderalismus, will Marx in diesem Falle sogar einer Föderation* zustimmen, *wenn nur* die Befreiung Irlands nicht auf reformistischem, sondern auf revolutionärem Wege erfolge, kraft der Bewegung der Volksmassen in Irland, unterstützt von der englischen Arbeiterklasse. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nur eine solche Lösung der geschichtlichen Aufgabe für die Interessen des Proletariats und für eine schnelle gesellschaftliche Entwicklung am günstigsten wäre.

Es kam anders. Sowohl das irische Volk als auch das englische Proletariat erwiesen sich als zu schwach. Erst jetzt wird die irische Frage in

* Übrigens ist leicht zu begreifen, weshalb vom sozialdemokratischen Standpunkt aus unter Recht der Nationen auf „Selbstbestimmung“ *weder* eine Föderation *noch* Autonomie verstanden werden kann (obwohl, abstrakt gesprochen, das eine wie das andere unter den Begriff „Selbstbestimmung“ fällt). Recht auf Föderation ist überhaupt Unsinn, denn eine Föderation ist ein Vertrag zwischen zwei Partnern. Die Marxisten können unmöglich die Verteidigung des Föderalismus schlechthin in ihr Programm aufnehmen; davon kann gar nicht die Rede sein. Was die Autonomie anbelangt, so verteidigen die Marxisten nicht das „Recht auf“ Autonomie, sondern die Autonomie selbst als allgemeines, universales Prinzip eines demokratischen Staates mit bunter nationaler Zusammensetzung und schroffen Unterschieden in den geographischen u. a. Bedingungen. Daher wäre es ebenso unsinnig, das „Recht der Nationen auf Autonomie“ wie das „Recht der Nationen auf Föderation“ anzuerkennen.

einem kläglichen Schacher der englischen Liberalen mit der irischen Bourgeoisie *gelöst* (und das Beispiel Ulsters zeigt, wie schwer das geht) durch eine Bodenreform (mit Loskauf) und eine (bis jetzt noch nicht eingeführte) Autonomie. Was heißt das? Folgt daraus etwa, daß Marx und Engels „Utopisten“ waren, daß sie „undurchführbare“ nationale Forderungen stellten, daß sie dem Einfluß der irischen kleinbürgerlichen Nationalisten unterlagen (der kleinbürgerliche Charakter der Bewegung der „Fenier“ ist nicht zu bezweifeln) u. dgl. m.?

Nein. Marx und Engels betrieben auch in der irischen Frage eine konsequent proletarische Politik, die die Massen wirklich im Geist des Demokratismus und Sozialismus erzog. Nur diese Politik war geeignet, es sowohl Irland als auch England zu ersparen, daß die notwendigen Umgestaltungen ein halbes Jahrhundert verschleppt und durch die Liberalen der Reaktion zuliebe verunstaltet wurden.

Die Politik von Marx und Engels in der irischen Frage hat ein höchst bedeutsames Beispiel, das bis auf den heutigen Tag gewaltige *praktische* Bedeutung bewahrt hat, dafür gegeben, wie sich das Proletariat der unterdrückenden Nationen zu nationalen Bewegungen zu verhalten hat; sie hat gewarnt vor jener „knechtischen Eilfertigkeit“, mit der die Spießbürger aller Länder, Hautfarben und Sprachen bereit sind, jede Veränderung der Staatsgrenzen, die durch die Gewalttaten und die Privilegien der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie *einer* Nation gezogen worden sind, als „utopisch“ zu bezeichnen.

Hätte das irische und das englische Proletariat die Marxsche Politik nicht angenommen, die Lostrennung Irlands nicht als ihre Losung aufgestellt, so wäre das ihrerseits der schlimmste Opportunismus, ein Vergessen der Aufgaben eines Demokraten und Sozialisten, eine Konzession an die *englische* Reaktion und Bourgeoisie gewesen.

9. DAS PROGRAMM VON 1903 UND SEINE LIQUIDATOREN

Das Protokoll des Parteitags von 1903, auf dem das Programm der Marxisten Rußlands angenommen wurde, ist zu einer großen Seltenheit geworden, und die übergroße Mehrheit der heutigen Funktionäre der

Arbeiterbewegung kennt die Begründung für die einzelnen Programmpunkte nicht (um so weniger, als bei weitem nicht alle darauf bezügliche Literatur sich der Wohltaten der Legalität erfreut ...). Deshalb ist es notwendig, darauf einzugehen, wie die uns interessierende Frage auf dem Parteitag von 1903 behandelt worden ist.

Wir bemerken vorweg, daß aus der russischen sozialdemokratischen Literatur über das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, wie dürftig sie auch sein mag, dennoch ganz klar zu ersehen ist, daß dieses Recht stets im Sinne des Rechts auf Lostrennung verstanden wurde. Die Herren Semkowski, Libman und Jurkewitsch, die das anzweifeln, die den Paragraphen 9 als „unklar“ bezeichnen u. dgl. m., rasonieren nur aus krasser Unwissenheit oder Leichtfertigkeit über „Unklarheit“. Schon im Jahre 1902 schrieb Plechanow in der „Sarja“, als er für das „Selbstbestimmungsrecht“ im Programmentwurf eintrat, daß diese für die bürgerlichen Demokraten unverbindliche Forderung „für die Sozialdemokraten verbindlich“ sei. „Ließen wir sie außer acht oder könnten wir uns nicht entschließen, sie zu erheben“, schrieb Plechanow, „aus Furcht, die nationalen Vorurteile unserer Landsleute großrussischer Abstammung zu verletzen, so würde der... Ruf... ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch!‘ auf unseren Lippen zu einer schändlichen Lüge werden.“¹²²

Das ist eine sehr treffende Charakteristik des Hauptarguments für den zur Erörterung stehenden Punkt, so treffend, daß die „sich ihrer Herkunft nicht erinnernden“ Kritiker unseres Programms sie nicht umsonst ängstlich umgingen und umgehen. Ein Verzicht auf diesen Punkt, welche Motive man dafür auch vorschützen möge, bedeutet *in Wirklichkeit* ein „schändliches“ Zugeständnis an den *großrussischen* Nationalismus. Warum an den großrussischen, wo doch vom Selbstbestimmungsrecht *aller* Nationen die Rede ist? Weil es sich um die Lostrennung *von* den Großrussen handelt. Um der *Vereinigung der Proletarier* willen, um ihrer Klassensolidarität willen ist die Anerkennung des Rechts der *Nationen* auf *Lostrennung* erforderlich - das ist es, was Plechanow vor 12 Jahren in den zitierten Worten anerkannt hat; hätten unsere Opportunisten sich darüber Gedanken gemacht, so hätten sie wahrscheinlich nicht soviel Unsinn über die Selbstbestimmung geredet.

Auf dem Parteitag von 1903, wo dieser von Plechanow vertretene Programmentwurf bestätigt wurde, konzentrierte sich die Hauptarbeit in

der *Programmkommission*. In ihr wurde leider kein Protokoll geführt. Und gerade in diesem Punkt wäre das Protokoll besonders interessant, denn *nur* in der Kommission versuchten die Vertreter der polnischen Sozialdemokraten, Warszawski und Hanecki, ihre Auffassungen zu vertreten und die „Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts“ anzufechten. Wollte ein Leser ihre Argumente (dargelegt in der Rede Warszawskis sowie in seiner und Haneckis Erklärung, S. 134-136 und S. 388-390 des Protokolls) mit den Argumenten Rosa Luxemburgs in ihrem von uns untersuchten polnischen Artikel vergleichen, so würde er finden, daß sie völlig identisch sind.

Wie wurden diese Argumente von der Programmkommission des II. Parteitags bewertet, in der vor allem Plechanow den polnischen Marxisten entgegentrat? Man hat diese Argumente grausam verspottet! Wie töricht das Ansinnen an die Marxisten *Rußlands* war, die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zu streichen, wurde so klar und einleuchtend dargelegt, daß die polnischen Marxisten *nicht einmal wagten, ihre Argumente vor dem Plenum des Parteitags zu wiederholen!* Nachdem sie sich von der Hoffnungslosigkeit ihrer Stellung vor dem höchsten Forum der Marxisten, der großrussischen, der jüdischen, georgischen und armenischen, überzeugt hatten, verließen sie den Parteitag.

Diese historische Episode ist selbstverständlich für jeden von sehr großer Bedeutung, der sich für *sein* Programm ernsthaft interessiert. Die völlige Zerschlagung der Argumente der polnischen Marxisten in der Programmkommission des Parteitags und ihr Verzicht auf jeden Versuch, ihre Ansichten vor dem Plenum des Parteitags zu vertreten, sind eine außerordentlich kennzeichnende Tatsache. Nicht ohne Grund hat sich Rosa Luxemburg in ihrem Artikel vom Jahre 1908 darüber „bescheiden“ ausgeschwiegen - die Erinnerung an den Parteitag war offensichtlich allzu peinlich! Sie schwieg auch von dem bis zur Lächerlichkeit verunglückten „Verbesserungs“antrag zu Paragraph 9 des Programms, den Warszawski und Hanecki 1903 im Namen aller polnischen Marxisten gestellt hatten und den zu wiederholen sich weder Rosa Luxemburg noch andere polnische Sozialdemokraten je entschlossen haben (noch entschließen werden).

Hat aber Rosa Luxemburg, um ihre Niederlage vom Jahre 1903 zu verbergen, von diesen Tatsachen geschwiegen, so werden es sich die-

jenigen, die sich für die Geschichte ihrer Partei interessieren, angelegen sein lassen, diese Tatsachen zu erfahren und ihre Bedeutung zu erfassen.

„Wir beantragen“, schrieben Rosa Luxemburgs Freunde an den Parteitag von 1903, als sie ihn verließen, „dem 7. (jetzt 9.) Punkt des Programmwerfs folgende Fassung zu geben: §7: *Institutionen, die allen dem Staatsverband angehörenden Nationen volle Freiheit der kulturellen Entwicklung garantieren.*“ (Protokoll, S. 390.)

Die polnischen Marxisten vertraten also damals derartig unbestimmte Auffassungen von der nationalen Frage, daß sie statt der Selbstbestimmung im Grunde genommen nichts anderes vorschlugen als ein Pseudonym für die berüchtigte „national-kulturelle Autonomie“!

Das klingt fast unglaublich, ist aber leider eine Tatsache. Auf dem Parteitag selbst fand sich, obwohl es dort fünf Bundisten mit fünf Stimmen und drei Kaukasier mit sechs Stimmen gab, ohne die beratende Stimme Kostrows zu rechnen, *nicht eine einzige* Stimme für die *Streichung* des Punkts über die Selbstbestimmung. Für eine Ergänzung dieses Punkts durch die „national-kulturelle Autonomie“ (für die Formel Goldblatts: „Gründung von Institutionen, die den Nationen volle Freiheit der kulturellen Entwicklung garantieren“) sprachen sich drei und für die Libersche Formel („Recht auf Freiheit ihrer - der Nationen - kulturellen Entwicklung“) vier Delegierte aus.

Jetzt, da eine russische liberale Partei, die Partei der Kadetten, auf der Bildfläche erschienen ist, wissen wir, daß in *ihrem* Programm die politische Selbstbestimmung der Nationen durch die „kulturelle Selbstbestimmung“ ersetzt ist. Die polnischen Freunde Rosa Luxemburgs, die gegen den Nationalismus der PPS „kämpften“, taten das also mit derartigem Erfolg, daß sie beantragten, das marxistische Programm durch ein *liberales* Programm zu ersetzen! Und dabei beschuldigten sie unser Programm noch des Opportunismus - ist es da verwunderlich, daß diese Beschuldigung in der Programmkommission des IL Parteitags nur Gelächter hervorrief!

In welchem Sinne wurde die „Selbstbestimmung“ von den Delegierten des IL Parteitags verstanden, unter denen sich, wie wir gesehen haben, kein *einzig* fand, der gegen die „Selbstbestimmung der Nationen“ gewesen wäre?

Davon legen die nachstehenden drei Zitate aus dem Protokoll Zeugnis ab:

„*Martynow* ist der Ansicht, daß man das Wort ‚Selbstbestimmung‘ nicht in weitem Sinne auslegen darf; es bedeutet nur das Recht der Nation auf Absonderung zu einer besonderen politischen Einheit, keineswegs aber eine Gebiets selbstverwaltung.“ (S. 171.) *Martynow* war Mitglied der Programmkommission, in der die Argumente der Freunde Rosa Luxemburgs widerlegt und verlacht wurden. Seinen Auffassungen nach war *Martynow* damals Ökonomist, heftiger Gegner der „*Iskra*“, und ihm wäre, falls er eine von der Mehrheit der Programmkommission nicht geteilte Meinung geäußert hätte, natürlich widersprochen worden.

Als nach der Kommissionsarbeit der Paragraph 8 (jetzt Paragraph 9) des Programms auf dem Parteitag erörtert wurde, nahm als erster der Bundist Goldblatt das Wort.

„Gegen das ‚Selbstbestimmungsrecht‘“, sagte Goldblatt, „ist nichts einzuwenden. Falls irgendeine Nation für die Selbständigkeit kämpft, darf man sich dem nicht widersetzen. Wenn Polen keine Lust hat, eine gesetzliche Ehe mit Rußland einzugehen, so soll man es in Ruhe lassen, wie sich Gen. *Plechanow* ausgedrückt hat. In diesem Rahmen stimme ich dieser Meinung zu.“ (S. 175/176.)

Plechanow hat in der Plenarsitzung des Parteitags zu diesem Punkt überhaupt nicht das Wort genommen. Goldblatt bezieht sich auf Äußerungen *Plechanows* in der Programmkommission, wo das „Selbstbestimmungsrecht“ ausführlich und populär im Sinne des Rechts auf Lostrennung erläutert worden war. *Liber*, der nach Goldblatt sprach, bemerkte:

„Natürlich, wenn irgendeine Nationalität nicht innerhalb der Grenzen Rußlands leben kann, so wird ihr die Partei keine Hindernisse bereiten.“ (S. 176.)

Der Leser sieht, daß es auf dem IL Parteitag, der das Programm angenommen hat, nur die eine Meinung gab, daß Selbstbestimmung „nur“ das Recht auf Lostrennung bedeutet. Sogar die Bundisten machten sich damals diese Wahrheit zu eigen, und erst in unserer traurigen Zeit der fort dauernden Konterrevolution und des „Lossagens“ aller Art haben sich Leute gefunden, die mit dreister Ignoranz das Programm als „unklar“ bezeichnen. Aber bevor wir auf diese traurigen „Auch-Sozialdemo-

kraten“ Zeit verwenden, wollen wir mit dem Verhalten der Polen zum Programm zu Ende kommen.

Zum zweiten Parteitag (1903) kamen sie mit einer Erklärung über die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Vereinigung. Sie verließen jedoch nach ihrem „Mißerfolg“ in der Programmkommission den Parteitag, und ihr letztes „Wort“ war die schriftliche Erklärung, die im Parteitagsprotokoll abgedruckt ist und den obenerwähnten Vorschlag enthält, die Selbstbestimmung durch die national-kulturelle Autonomie zu *ersetzen*.

Im Jahre 1906 traten die polnischen Marxisten der Partei bei, dabei haben sie *niemals*, weder bei ihrem Eintritt noch später (weder auf dem Parteitag 1907 noch auf den Konferenzen 1907 und 1908, noch auf dem Plenum 1910), auch nur einen einzigen Antrag auf Abänderung des Paragraphen 9 des russischen Programms *eingbracht!!*

Das ist Tatsache.

Und diese Tatsache beweist deutlich, entgegen allen Phrasen und Beuteuerungen, daß die Freunde Rosa Luxemburgs mit den Debatten in der Programmkommission des II. Parteitags und dem Beschluß dieses Parteitags die Frage als erschöpft betrachteten, daß sie schweigend ihren Fehler einsahen und ihn wiedergutmachten, als sie 1906, nachdem sie 1903 den Parteitag verlassen hatten, in die Partei eintraten, ohne jemals den Versuch zu machen, auf dem Parteiwege die Frage einer Revision des Paragraphen 9 aufzurollen.

Rosa Luxemburgs Artikel, von ihr gezeichnet, ist 1908 erschienen - selbstverständlich ist es keinem Menschen je in den Sinn gekommen, den Parteipublizisten das Recht auf Kritik am Programm abzusprechen -, und auch *nach* diesem Artikel hat *keine einzige* offizielle Instanz der polnischen Marxisten die Frage einer Revision des Paragraphen 9 aufgeworfen.

Daher erweist Trotzki manchen Verehrern Rosa Luxemburgs einen wahren Bärendienst, wenn er in Nr. 2 der „Borba“ (März 1914) im Namen der Redaktion schreibt:

„Die polnischen Marxisten sind der Ansicht, daß das ‚Recht auf nationale Selbstbestimmung‘ jedes politischen Gehalts bar und aus dem Parteiprogramm zu entfernen ist.“ (S. 25.)

Ein dienstfeiriger Trotzki ist gefährlicher als ein Feind! *Nichts* anderem als „Privatgesprächen“ (d. h. einfach dem Klatsch, von dem Trotzki stets

lebt) *konnte* er Beweise dafür entnehmen, daß die „polnischen Marxisten“ schlechthin mit jedem Artikel Rosa Luxemburgs einverstanden sind. Trotzki hat die „polnischen Marxisten“ als Leute ohne Ehre und Gewissen hingestellt, die nicht einmal ihre eigene Überzeugung und das Programm ihrer Partei zu achten wissen. Ein dienstfeiriger Trotzki!

Als die Vertreter der polnischen Marxisten im Jahre 1903 *wegen* des Selbstbestimmungsrechts den II. Parteitag verließen, *damals* hätte Trotzki sagen können, daß sie der Auffassung waren, dieses Recht sei jedes Gehalts bar und aus dem Programm zu entfernen.

Danach aber sind die polnischen Marxisten in die Partei *eingetreten*, die ein solches Programm hat, und haben niemals einen Antrag auf seine Revision eingebracht.*

Warum hat Trotzki diese Tatsachen den Lesern seiner Zeitschrift verschwiegen? Nur weil es für ihn vorteilhaft ist, auf die Schürung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den polnischen und den russischen Gegnern des Liquidarentums zu spekulieren und die russischen Arbeiter in der Programmfrage zu betrügen.

Noch niemals, in keiner einzigen bedeutsamen Frage des Marxismus, hatte Trotzki eine feste Meinung, stets „kroch er in die Spalten“ zwischen den verschiedenen Meinungen und pendelte von einer Seite zur anderen. Gegenwärtig befindet er sich in der Gesellschaft der Bundisten und Liquidatoren. Nun, und diese Herren machen mit der Partei nicht viel Umstände.

Man höre den Bundisten Libman:

„Als die Sozialdemokratie Rußlands“, schreibt dieser Gentleman, „vor 15 Jahren den Punkt über das Recht jeder Nationalität auf ‚Selbstbestimmung‘ in ihr Programm aufnahm, da fragte sich jedermann (!!), was denn eigentlich

* Man teilt uns mit, daß die polnischen Marxisten an der Sommerberatung der Marxisten Rußlands 1913 *nur* mit beratender Stimme teilgenommen und sich an der Abstimmung in der Frage des Rechts auf Selbstbestimmung (auf Lostrennung) überhaupt nicht beteiligt haben, wobei sie sich gegen dieses Recht im allgemeinen aussprachen. Selbstverständlich hatten sie das volle Recht, so vorzugehen und nach wie vor in Polen gegen dessen Lostrennung zu agitieren. Aber das ist nicht ganz dasselbe, wovon Trotzki spricht, denn die polnischen Marxisten haben nicht gefordert, den Paragraphen 9 „aus dem Programm zu entfernen“.

dieser Modeausdruck (!!)) bedeute? Eine Antwort gab es darauf nicht (!!)). Dieses Wort blieb (!!)) nebelhaft. In der Tat war es damals schwer, diesen Nebel zu zerstreuen. Die Zeit, da man diesen Punkt konkretisieren könnte, ist noch nicht gekommen - sagte man damals -, soll er jetzt nebelhaft (!!)) bleiben, das Leben selbst wird zeigen, welcher Inhalt in diesen Punkt hineinzulegen ist.“

Ist es nicht großartig, wie dieser „Knabe ohne Hosen“¹²³ mit dem Parteiprogramm seinen Spott treibt?

Und warum treibt er seinen Spott?

Nur weil er ein völliger Ignorant ist, der nichts studiert, nicht einmal etwas über die Parteigeschichte gelesen hat, sondern einfach unter die Liquidatoren geraten ist, wo es „zum guten Ton gehört“, in Fragen der Partei und der Parteideologie durch nichts beschwert zu sein.

Bei Pomjalowski prahlt ein Seminarist damit, daß er „in ein Krautfaß gespuckt“ habe. Die Herren Bundisten sind weiter gekommen. Sie lassen die Libman los, damit besagte Gentlemen öffentlich in das eigene Faß spucken. Daß es einen Beschluß eines internationalen Kongresses gegeben hat, daß auf dem Parteitag der eigenen Partei zwei Vertreter des eigenen „Bund“ vollauf die Fähigkeit an den Tag legten (und was waren das doch für „strenge“ Kritiker und entschiedene Gegner der „Iskra“!), den Sinn der „Selbstbestimmung“ zu begreifen, und ihr sogar zugestimmt haben - was geht das alles die Herren Libman an? Und wird es nicht leichter sein, die Partei zu liquidieren, wenn die „Parteipublizisten“ (Spaß beiseite!) mit der Geschichte und dem Programm der Partei auf Seminaristenart umgehen werden?

Hier ist der zweite „Knabe ohne Hosen“, Herr Jurkewitsch vom „Dswin“. Herr Jurkewitsch hatte wahrscheinlich das Protokoll des II. Parteitags in Händen, denn er zitiert die von Goldblatt wiedergegebenen Worte Plechanows und zeigt sich mit der Tatsache vertraut, daß Selbstbestimmung nur das Recht auf Lostrennung bedeuten kann. Aber das hindert ihn nicht, unter dem ukrainischen Kleinbürgertum die Verleumdung gegen die russischen Marxisten zu verbreiten, sie träten für die „staatliche Unversehrtheit“ Rußlands ein (1913, Nr. 7/8, S. 83 u.a.). Gewiß, um die ukrainische Demokratie der großrussischen zu entfremden, hätten sich die Herren Jurkewitsch keine bessere Methode ausdenken können als diese Verleumdung. Diese Entfremdung aber liegt in der Linie der ganzen Politik der Literatengruppe um den „Dswin“, die eine

Absonderung der ukrainischen Arbeiter *in eine besondere nationale Organisation* propagiert!*

Einer Gruppe nationalistischer Kleinbürger, die das Proletariat spalten - eben das ist die objektive Rolle des „Dswin“ -, steht es natürlich durchaus an, heillose Konfusion in der nationalen Frage zu verbreiten. Es versteht sich von selbst, daß die Herren Jurkewitsch und Libman - die „furchtbar“ gekränkt sind, wenn man von ihnen sagt, daß sie „an der Peripherie der Partei“ stehen - kein Wort, buchstäblich kein Sterbenswörtchen darüber gesagt haben, wie *sie* denn im Programm die Frage des Rechts auf Lostrennung lösen wollten.

Und nun der dritte und wichtigste „Knabe ohne Hosen“, Herr Semkowski, der in den Spalten der Liquidatorenzeitung vor dem großrussischen Publikum den Paragraphen 9 des Programms „zerpflückt“ und gleichzeitig erklärt, daß er „aus gewissen Erwägungen nicht für den Vorschlag ist“, diesen Paragraphen zu streichen!!

Unglaublich, aber Tatsache.

Im August 1912 rollt die Liquidatorenkonferenz offiziell die nationale Frage auf. In anderthalb Jahren erscheint, außer dem Artikel des Herrn Semkowski, kein einziger Artikel über die Frage des Paragraphen 9. Und in diesem Artikel *bekämpft* sein Verfasser das Programm, ist aber „aus gewissen“ (wohl eine geheimzuhaltende Krankheit?) „Erwägungen nicht für“ den Vorschlag, es zu verbessern!! Garantiert findet man auf der ganzen Welt nicht leicht Beispiele eines ähnlichen Opportunismus, ja schlimmer als Opportunismus, des Lossagens von der Partei, der Liquidierung der Partei.

Welcherart die Argumente Semkowskis sind, dafür genügt ein Beispiel:

„Was wäre“, schreibt er, „wenn das polnische Proletariat gewillt wäre, im Rahmen *eines* Staates gemeinsam mit dem gesamten Proletariat Rußlands den Kampf zu führen, während dagegen die reaktionären Klassen der polnischen Gesellschaft Polen von Rußland trennen wollten und bei einem Referendum (allgemeine Volksbefragung) dafür die Mehrheit der Stimmen bekämen:

* Vgl. besonders das Vorwort des Herrn Jurkewitsch zu dem Buch von Herrn Lewinski „Naris ros witku ukrainskoho robotnitschoho ruchu w Galitschini“, Kiiw 1914. (Abriß der Entwicklung der ukrainischen Arbeiterbewegung in Galizien, Kiew 1914. *Die Red*)

Müßten wir russischen Sozialdemokraten im zentralen Parlament gemeinsam mit unseren polnischen Genossen *gegen* die Lostrennung oder, um das ‚Selbstbestimmungsrecht‘ nicht zu verletzen, *für* die Lostrennung stimmen?“ („Nowaja Rabotschaja Gaseta“ Nr. 71.)

Daraus ist ersichtlich, daß Herr Semkowski nicht einmal begreift, *wovon die Hede ist!* Er hat nicht bedacht, daß das Recht auf Lostrennung voraussetzt, daß die Frage gerade nicht durch das zentrale Parlament, sondern nur durch das Parlament (Landtag, Referendum u. dgl. m.) des *sich lostrennenden* Gebiets entschieden wird.

Durch das kindische Bedenken „was wäre“, wenn in der Demokratie die Mehrheit für die Reaktion wäre, wird die Frage der wirklichen, echten, lebendigen Politik verschleiert, wo *sowohl* die Purischkewitsch *ah auch* die Kokoschkin schon den bloßen Gedanken an Lostrennung für verbrecherisch halten! Wahrscheinlich sollen die Proletarier *ganz* Rußlands heute nicht gegen die Purischkewitsch und Kokoschkin, sondern sie beiseite lassend gegen die reaktionären Klassen Polens den Kampf führen!!

Und dergleichen unglaublicher Unsinn wird im Organ der Liquidatoren verzapft, in dem Herr L. Martow einer der ideologischen Führer ist. Derselbe L. Martow, der den Programmentwurf mit verfaßt und ihn im Jahre 1903 mit durchgebracht hat, der auch später noch die Freiheit der Lostrennung schriftlich verteidigt hat. L. Martow urteilt jetzt offenbar nach der Regel:

Das zu tun genügt ein Tor,
Schickt nur ruhig Read vor,
Und ich indes schau zu.¹²⁴

Er schickt Read-Semkowski vor und erlaubt ihm, in einer Tageszeitung, vor neuen Leserschichten, die unser Programm nicht kennen, es zu verdrehen und endlos Verwirrung zu stiften!

Ja, ja, das Liquidatorentum hat es weit gebracht - von Parteigeist ist bei sehr vielen sogar angesehenen früheren Sozialdemokraten nicht die Spur mehr geblieben.

Rosa Luxemburg darf man natürlich nicht mit den Libman, Jurkewitsch oder Semkowski auf eine Stufe stellen, aber die Tatsache, daß sich gerade derartige Leute an ihren Fehler klammern, beweist mit besonderer Deutlichkeit, welchem Opportunismus sie verfallen ist.

10. SCHLUSS

Ziehen wir das Fazit.

Vom Standpunkt der marxistischen Theorie im allgemeinen bietet die Frage des Selbstbestimmungsrechts keine Schwierigkeiten. Ernsthaft kann die Rede weder davon sein, die Londoner EntschlieÙung von 1896 anzufechten, noch davon, die Tatsache zu bestreiten, daß unter Selbstbestimmung nur das Recht auf Lostrennung zu verstehen ist, oder die Tatsache, daß die Bildung selbständiger Nationalstaaten eine Tendenz aller bürgerlich-demokratischen Umwälzungen ist.

Schwierigkeiten entstehen bis zu einem gewissen Grade dadurch, daß in Rußland das Proletariat der unterdrückten Nationen und das Proletariat der unterdrückenden Nation Seite an Seite kämpfen und kämpfen müssen. Die Einheit des proletarischen Klassenkampfes für den Sozialismus zu wahren, allen von der Bourgeoisie und den Schwarzhundertern ausgehenden Einflüssen des Nationalismus zu widerstehen - darin besteht die Aufgabe. Bei den unterdrückten Nationen führt die Formierung des Proletariats zu einer selbständigen Partei mitunter zu einem so erbitterten Kampf gegen den Nationalismus der betreffenden Nation, daß sich die Perspektive verzerrt und der Nationalismus der unterdrückenden Nation vergessen wird.

Aber eine solche Verzerrung der Perspektive ist nur auf kurze Zeit möglich. Die Erfahrung des gemeinsamen Kampfes der Proletarier verschiedener Nationen zeigt nur zu klar, daß wir die politischen Fragen nicht vom „Krakauer“, sondern vom gesamtrussischen Gesichtspunkt aus stellen müssen. In der gesamtrussischen Politik aber herrschen die Purischkewitsch und Kokoschkin. Ihre Ideen herrschen, ihre Hetze gegen die Fremdstämmigen wegen des „Separatismus“, wegen der *Gedanken* an eine Lostrennung wird in der Duma, in den Schulen, in den Kirchen, in den Kasernen, in Hunderten und Tausenden von Zeitungen propagiert und betrieben. Und dieses großrussische Gift des Nationalismus durchdringt die gesamte politische Atmosphäre in ganz Rußland. Es ist das Pech des Volkes, daß es, indem es andere Völker unterjocht, die Reaktion in ganz Rußland stärkt. Die Erinnerungen an die Jahre 1849 und 1863 stellen eine lebendige politische Tradition dar, die, wenn nicht Stürme von sehr großem Ausmaß hereinbrechen, noch lange Jahrzehnte jede

demokratische und *insbesondere* jede sozialdemokratische Bewegung zu erschweren droht.

Wie natürlich mitunter der Standpunkt mancher Marxisten der unterdrückten Nationen auch scheinen mag (deren „Pech“ zuweilen darin besteht, daß die Bevölkerungsmassen durch die Idee „ihrer“ nationalen Befreiung verblendet sind), so steht es *in Wirklichkeit*, auf Grund des objektiven Verhältnisses der Klassenkräfte in Rußland, doch außer Zweifel, daß der Verzicht auf die Verfechtung des Selbstbestimmungsrechts dem schlimmsten Opportunismus, einer Infizierung des Proletariats mit den Ideen der Kokoschkin gleichkommt. Diese Ideen aber sind im Grunde die Ideen und die Politik der Purischkewitsch.

Könnte also der Gesichtspunkt Rosa Luxemburgs anfänglich noch als eine für Polen, für „Krakau“ spezifische enge Sicht* entschuldigt werden, so wird heute, wo der Nationalismus, und besonders der großrussische Regierungsnationalismus, überall erstarkt, wo *er* die Politik bestimmt, eine derart enge Sicht bereits unverzeihlich. In der Tat klammern sich daran die Opportunisten *aller* Nationen, die vor der Idee der „Stürme“ und „Sprünge“ zurückscheuen, die die bürgerlich-demokratische Umwälzung als abgeschlossen ansehen und dem Kokoschkinschen Liberalismus nachstreben.

Der großrussische Nationalismus durchläuft wie jeder Nationalismus verschiedene Phasen, je nach der Vorherrschaft dieser oder jener Klassen in einem bürgerlichen Lande. Bis 1905 kannten wir fast nur Nationalreaktionäre. Nach der Revolution kamen bei uns die *Nationalliberalen* auf.

Auf diesem Standpunkt stehen bei uns faktisch sowohl die Oktobristen als auch die Kadetten (Kokoschkin), d. h. die ganze heutige Bourgeoisie.

* Es ist nicht schwer zu begreifen, daß die Anerkennung des *Hechts* der Nationen auf Lostrennung durch die Marxisten *ganz Rußlands* und in erster Linie durch die großrussischen keineswegs ausschließt, daß die Marxisten dieser oder jener *unterdrückten* Nation gegen die Lostrennung *agitieren*, so wie die Anerkennung des Rechts auf Ehescheidung die Agitation gegen die Scheidung in diesem oder jenem Falle nicht ausschließt. Wir glauben daher, daß unvermeidlich die Zahl der polnischen Marxisten zunehmen wird, die über den nichtbestehenden „Widerspruch“ lachen werden, der von Semkowski und Trotzki jetzt „aufgewärmt“ wird.

Im weiteren aber ist das Aufkommen von großrussischen Nationaldemokraten *unvermeidlich*. Einer der Gründer der „volkssozialistischen“ Partei, Herr Peschechonow, brachte diesen Standpunkt schon zum Ausdruck, als er (im Augustheft des „Russkoje Bogatstwo“, Jahrgang 1906) zur Vorsicht gegenüber den nationalistischen Vorurteilen des Bauern ermahnte. Wie sehr man uns Bolschewiki auch wegen der angeblichen „Idealisierung“ des Bauern verleumden möge, so haben wir doch stets streng unterschieden und werden unterscheiden zwischen dem bürgerlichen Urteil und dem bürgerlichen Vorurteil, zwischen dem Demokratismus des Bauern, der gegen Purischkewitsch gerichtet ist, und dem Bestreben des Bauern, mit den Pfaffen und Gutsbesitzern friedlich auszukommen.

Mit dem Nationalismus der großrussischen Bauern muß die proletarische Demokratie schon jetzt rechnen (nicht im Sinne von Zugeständnissen, sondern im Sinne des Kampfes), und sie wird vermutlich noch ziemlich lange mit ihm zu rechnen haben.* Das Erwachen des Nationalismus bei den unterdrückten Nationen, das sich nach 1905 so stark geltend machte (wir erinnern nur an die Gruppe der „Autonomisten-Föderalisten“ in der I. Duma, an das Anwachsen der ukrainischen Bewegung, der mohammedanischen Bewegung usw.), wird unvermeidlich ein Erstarken des Nationalismus beim großrussischen Kleinbürgertum in Stadt und Land hervorrufen. Je langsamer die demokratische

* Es wäre interessant zu verfolgen, wie sich z. B. der Nationalismus in Polen modifiziert, der sich aus einem Nationalismus der Schlachta in einen bürgerlichen und dann in einen bürgerlichen verwandelt. Ludwig Bernhard, der selbst auf dem Standpunkt eines deutschen Kokoschkin steht, beschreibt in seinem Buch „Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat“ (es ist eine russische Übersetzung vorhanden) eine außerordentlich charakteristische Erscheinung: die Bildung einer Art von „Bauernrepublik“ der Polen in Deutschland in Form eines engen Zusammenschlusses aller möglichen genossenschaftlichen und sonstigen Verbände der *polnischen* Bauern im Kampfe für die Nationalität, die Religion, für die „polnische“ Erde. Die deutsche Unterdrückung schloß die Polen zusammen, sonderte sie ab und erzeugte den Nationalismus zuerst der Schlachta, dann des Bourgeois, schließlich der Bauernmasse (besonders seit dem 1873 begonnenen Feldzug der Deutschen gegen die polnische Sprache in den Schulen). Dahin treiben die Dinge auch in Rußland, und zwar nicht nur in bezug auf Polen allein.

Umgestaltung Rußlands vor sich geht, um so hartnäckiger, gröber und erbitterter werden die nationale Hetze und der nationale Hader zwischen der Bourgeoisie in den verschiedenen Nationen. Dabei wird der besonders reaktionäre Charakter der russischen Purischkewitsch bei diesen oder jenen unterdrückten Nationen, die sich manchmal in den Nachbarstaaten weit größerer Freiheit erfreuen, „separatistische“ Bestrebungen hervorrufen (bzw. verstärken).

Diese Lage der Dinge stellt das Proletariat Rußlands vor eine zweifache oder, richtiger, zweiseitige Aufgabe: Kampf gegen jeden Nationalismus und in erster Linie gegen den großrussischen Nationalismus; Anerkennung nicht nur der vollen Gleichberechtigung aller Nationen im allgemeinen, sondern auch der Gleichberechtigung hinsichtlich der staatlichen Konstituierung, d. h. des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung, auf Lostrennung; und gleichzeitig damit, eben im Interesse des erfolgreichen Kampfes gegen jeglichen Nationalismus aller Nationen, Verteidigung der Einheit des proletarischen Kampfes und der proletarischen Organisationen, ihrer engsten Verschmelzung in einer internationalen Gemeinschaft, entgegen den bürgerlichen Bestrebungen nach nationaler Absonderung.

Volle Gleichberechtigung der Nationen; Selbstbestimmungsrecht der Nationen; Verschmelzung der Arbeiter aller Nationen - dieses nationale Programm lehrt die Arbeiter der Marxismus, lehrt die Erfahrung der ganzen Welt und die Erfahrung Rußlands.

Der Artikel war schon gesetzt, als ich Nr. 3 der „Nascha Rabotschaja Gaseta“ erhielt, in der Herr Wl. Kossowski über die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts für alle Nationen schreibt:

„Mechanisch aus der Resolution des I. Parteitags (1898) übernommen, der es seinerseits den Entschlüssen der internationalen sozialistischen Kongresse entlehnt hatte, wurde es vom Parteitag 1903, wie aus den Debatten ersichtlich ist, in dem gleichen Sinne aufgefaßt, den die sozialistische Internationale ihm gegeben hatte: im Sinne der politischen Selbstbestimmung, d. h. der Selbstbestimmung der Nation in der Richtung der politischen Selbständigkeit. Die Formel der nationalen Selbstbestimmung, die das Recht auf territoriale Absonderung bedeutet, berührt also überhaupt nicht die Frage, wie *innerhalb* eines bestimmten Staatsorganismus die nationalen Beziehungen für jene Na-

ionalitäten zu regeln sind, die aus dem bestehenden Staat nicht austreten können oder wollen.“

Hieraus ist ersichtlich, daß Herr Wl. Kossowski das Protokoll des II. Parteitags von 1903 in Händen hatte und den wirklichen (und einzigen) Sinn des Begriffs der Selbstbestimmung sehr wohl kennt. Dem stelle man die Tatsache gegenüber, daß die Redaktion der bundistischen Zeitung „Zait“ Herrn Libman vorschickt, damit er mit dem Programm seinen Spott treibe und es als unklar bezeichne!! Merkwürdige „Partei“-sitten haben die Herren Bundisten... Weshalb Kossowski die Annahme der Selbstbestimmung durch den Parteitag ein *mechanisches* Übernehmen nennt, das „weiß Allah“. Es gibt eben Leute, die „das Bedürfnis haben, zu widersprechen“, aber was, wie, warum, wozu, dazu reicht es bei ihnen nicht.

Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 49/50, 158-160, 316/317, russ.) 391

¹⁰⁶ Im August 1914 sollte auf Beschluß des Internationalen Sozialistischen Büros in Wien der X. Internationale Sozialistenkongreß stattfinden. Der Ausbruch des imperialistischen Weltkriegs verhinderte die Durchführung des Kongresses.

Die Frage des Internationalen Sozialistenkongresses in Wien wurde auf der Beratung des ZK mit Parteifunktionären in Ponorin erörtert. Lenin, der zu dieser Frage ein Referat hielt, sprach sich dafür aus, hauptsächlich sozialdemokratische Arbeiter zum Kongreß zu delegieren. Das im Zentralen Parteiarchiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU vorhandene Manuskript Lenins – der Plan für den Bericht an den Wiener Kongreß, in dem ausführlich alle Punkte des in Vorbereitung befindlichen Berichts des Zentralkomitees der SDAPR dargelegt sind – wurde in den Band 25 der 5. russischen Ausgabe der Werke W. I. Lenins aufgenommen. 393

¹⁰⁷ „Die Neue Zeit“ – theoretische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die von 1883 bis 1923 in Stuttgart erschien und bis 1917 von Karl Kautsky redigiert wurde. In der „Neuen Zeit“ wurden erstmalig einige Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels veröffentlicht. Engels half der Redaktion der Zeitschrift ständig und übte oft Kritik daran, daß sie Abweichungen vom Marxismus in der Zeitschrift zuließ. An der „Neuen Zeit“ arbeiteten hervorragende Vertreter der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung mit: August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, G. W. Plechanow, Paul Lafargue u. a. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts eine marxistische Zeitschrift, ging „Die Neue Zeit“ mehr und mehr auf zentristische Positionen über. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914-1918 bezog sie einen sozialpazifistischen Standpunkt und unterstützte faktisch die Sozialchauvinisten. 399

¹⁰⁸ Siehe Karl Marx, „Das Kapital“, Bd. I, Berlin 1961, S. 804, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 23, S. 792. 401

¹⁰⁹ *L. Wl.* – L. Wladimirow (Pseudonym M. K. Scheinfinkes). 416

¹¹⁰ „Schljachi“ (Wege) – Organ des Ukrainischen Studentenbundes nationalisticischer Richtung; erschien von April 1913 bis März 1914 in Lwów. 420

¹¹¹ Lenin zitiert einen Ausspruch aus der Komödie „Geist bringt Kummer“ von A. S. Gribojedow. (Siehe A. S. Gribojedow, „Geist bringt Kummer“, Berlin 1948, S. 43.) 427

¹¹² Es handelt sich um das Zentralorgan der polnischen sozialdemokratischen Partei Galiziens und Schlesiens, die Zeitung „Naprzód“ (Vorwärts), die ab 1892 in Krakau erschien. 429

¹¹³ Lenin meint die Erinnerungen W. Liebknechts an Marx. (Siehe „Erinnerungen an Karl Marx“, Berlin 1953, S. 116.) 440

¹¹⁴ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 32, S. 520. 440

¹¹⁵ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 27, S. 266/267. 440

¹¹⁶ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 31, S. 15, 222 und 228/229. 442

¹¹⁷ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 31, S. 302. 442

¹¹⁸ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 31, S. 412. 443

¹¹⁹ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 32, S. 368. 443

¹²⁰ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 32, S. 393. 444

¹²¹ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 32, S. 414/415. 444

¹²² Lenin zitiert Plechanows Artikel „Der Programmentwurf der Sozialdemokratischen Partei Rußlands“, der in der „Sarja“ Nr. 4, Jahrgang 1902, veröffentlicht wurde.

„Sarja“ (Die Morgenröte) – marxistische wissenschaftlich-politische Zeitschrift, die von der Redaktion der Zeitung „Iskra“ in den Jahren 1901 und 1902 legal in Stuttgart herausgegeben wurde. Es erschienen vier Nummern (drei Hefte). In der „Sarja“ wurden folgende Arbeiten Lenins veröffentlicht: „Zufällige Notizen“, „Die Verfolger des Semstwow und die Hannibale des Liberalismus“, die ersten vier Kapitel des Werkes „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker‘“ (unter dem Titel „Die Herren ‚Kritiker‘ in der Agrarfrage“), „Innerpolitische Rundschau“ und „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie“. 448

¹²³ Der Ausdruck stammt aus Saltykow-Schtschedrins Skizzen „Im Ausland“ (deutsch in M. Saltykow, „Reise nach Paris“, Berlin 1958, S. 44-57). 454

¹²⁴ Lenin führt die Worte eines Sewastopoler Soldatenliedes an, eines Liedes über die Schlacht an dem Flußchen Tschornaja am 4. August 1855 während des Krimkrieges. Das Lied stammt von L. N. Tolstoi. (Siehe L. N. Tolstoi, Gesamtausgabe, Bd. 4, 1935, S. 307/308, russ.) 456

¹²⁵ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, S. 459-493. 464

¹²⁶ „l'Humanite“ – Tageszeitung, 1904 von J. Jaurès als Organ der Fran-